

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Werbung und Druck: Grafisch-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. m. b. H., Halle, Lindenstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Breite; 70 Goldpfennig f. Zeile in Textzeilen. Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Sachsenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: Klassenkampf. Halle. Verleger: Communist. u. Arbeit-Sond. Halle. Verlagsort: Leipzig 10035, Fritz Krebs, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 17. November 1925

5. Jahrgang Nr. 256-257

Anfragen an Herrn Göring zu seiner heutigen Rede im Wintergarten in Halle

Heute Abend soll Herr Göring, seines Zeichens Oberpräsident der Provinz Sachsen, in Halle im „Wintergarten“ sprechen. Es wird angegeben, daß Herr Göring über die monarchistische Reaktion in Bayern reden werde. Wir wollen es deshalb nicht verheimlichen, einige Fragen an Herrn Göring zu richten, die im Zusammenhang mit dem Thema stehen. Herr Göring wird nicht verhehlen, einen kräftigen Tenor gegen die Reaktion im allgemeinen als auch im besonderen aus seiner Heidenbrunn zu ertönen zu lassen. Da wir als Kommunisten weniger von Reden und mehr von Taten gegen die Reaktion hatten, richten wir einige Fragen an Herrn Göring, die unserer Ansicht nach erst gestellt sein müssen, ehe von einem Kampf gegen die Reaktion gesprochen werden kann.

1. Herr Gehler, der Reichswehrminister, ist in den letzten Tagen auf das Schwerste belästigt worden durch seinen Parteigenossen, den demokratischen Bürgermeister von Nürnberg, Luppe. Luppe hat kategorisch behauptet, daß im Jahre 1924 sein Parteifreund Gehler ihn auf die unmittelbare Gefahr einer Königsproklamation des Kappstreiks in Bayern hingewiesen habe mit dem Bemerkung, daß falls die Proklamation eintreife, er auch keine Reichswehr nichts gegen diese bairische Königsproklamation unternehmen werde. Herr Gehler war von dieser Königseigenschaft unterrichtet. Das ist ebenfalls festgestellt worden durch den Herrn Emil Ludwig, der überhaupt diese ganze Frage erst ins Rollen gebracht hat. Was richten deshalb die Frage an Herrn Göring:

Warum hat Herr Gehler diese reinventen Wehrminister nicht sofort von seinem Posten abberufen und ihn vor den Staatsgerichtshof gestellt?

2. Die Durchführung eines Monarchistenputsches durch Herrn Gehler liegt klar auf der Hand. Es müßten Wege gefunden werden, Herr Gehler für alle Zeit unschädlich zu machen. Die Reichsverfassung enthält folgenden Artikel:

„Der Reichstag ist bestrebt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzulasten, daß sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Beantragung und Erhebung der Anklage muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstages unterzeichnet sein.“ (Art. 50.)

Sind Sie bereit, Herr Göring, unerschrocken Ihre Unterschrift als Reichstagsabgeordneter herzugeben, und auch bei Ihrer Reaktion dahin zu wirken, daß durch die Unterschrift Ihrer sämtlichen Parteigenossen ein Sonderprozess gegen Herrn Gehler beantragt werden kann? Was für den Behälter gilt natürlich auch für den Delinquenten, den Königsmacher in Bayern.

3. Die Gefahr der monarchistischen Reaktion liegt nicht zuletzt in der Tatsache begründet, daß die deutsche Republik den absoluten Herrschen die Millionen einfach so nachgeworfen hat. Ihre Partei begann damit. Nun hat sich dieser Beginn zu einer Märe gesteigert. Die Königsproklamation laugen das Volk geradezu aus und benutzen das von der „Republik“ ausgehauene Geld, um ihre monarchistische Propaganda zu finanzieren. Die

Forderungen Wilhelms des Hohenzollerns von Amerongen beizulegen sich auf mehr als eine Milliarde Goldmark.

Der alte Schenke Rupprecht kann auch nicht genug bekommen und das Land Thüringen ist in ernste Finanznöte geraten, um die Verbindlichkeiten seiner Duobesitzer aufzubringen, die diesem Lande übrigens durch den bekannten kürzlichen Rechtsanwalts, den früheren sozialdemokratischen Minister Seine, an den Hals projiziert worden sind.

Ist Herr Göring bereit, zu seinem Teil dafür Sorge zu tragen, daß ein einheitliches Reichsgesetz zustande kommt, daß endlich die rechtlose Enteignung dieser Paraziten ausgedrückt ist, ist er bereit, sein Mittel anzuwenden zu lassen, um die rechtlose Enteignung der künftigen Vermögenden in die Wege zu leiten?

Beantworten Sie, Herr Göring, diese drei Fragen Ihrer Versammlung klar und eindeutig. Es wird kein Reichsbannermann in Ihrer Versammlung sein, der im Stillen auf diese Fragen nicht eine klare und eindeutige Antwort verlangen würde. Wir wollen ganz genau, daß Ihre Reichsbannerleute seine Reden, sondern Taten gegen die Reaktion verlangen. Und an Taten gegen die Reaktion haben Sie es bis jetzt fehlen lassen, Herr Göring! Man könnte eher von Taten für die Reaktion sprechen.

Eine kleine Anfrage an Herrn Göring

Vor längerer Zeit wurde im „Alten Dessauer“, einer großen nationalsozialistischen Zeitung, folgende Anfrage gestellt. Wir geben sie wörtlich wieder:

Ob er wohl anändert?

Oberleutnant Duesterberg schreibt uns: Anlässlich meines 50. Geburtstages habe ich unter zahlreichen anderen Glückwünschen zu meiner großen Überraschung auch einen Glückwunsch erhalten, der unterzeichnet „Herr Otto Hörling“ trägt!

Sollte diese Karte sein Alt sein, sondern tatsächlich ein Gruß des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und Reichsbannerführers, so möchte ich nicht verhehlen, auf diesem Wege ihm meinen ergebensten Dank in ausgezeichneter Hochachtung zum Ausdruck zu bringen.

Was ich nicht, das weiß ich! — Duesterberg.

Sie heute hat Herr Göring unseres Wissens auf diese Anfrage noch nicht geantwortet. Wir fragen deshalb Herrn Göring, ob er wirklich zum 50. Geburtstag des Herrn Duesterberg als Gratulant dieses Gratulationsgutes aufgetreten ist? Wenn dies tatsächlich der Fall sein sollte, so fragen wir an:

Weg die Gratulation auch in der Richtung des Kampfes gegen den Faschismus, wie er im Augenblick besonders unter Ihrer Leitung im Reichsbanner betrieben wird? Weg die Gratulation auch in der Richtung der gesteigerten Operation für Hindenburg, wie Sie es ausdrücklich auf der letzten Reichsbannerversammlung bekräftigt haben?

Weg die Gratulation in der Richtung einer etwaigen Beilegung des Reichsbanners mit großen Teilen der nationalen Verbände, die ungenügend von der augenblicklichen Reichsbannerleitung angekreidet werden?

Glänzender kommunistischer Wahlsieg in der Tschechoslowakei

Die KPJ, die zweitkräftigste Partei — Katastrophaler Zusammenbruch der Sozialdemokratie

(Sig. Drašim.) Prag, 17. November

Die Meldungen über einen vollen kommunistischen Sieg bei den Parlaments- und Senatswahlen bestätigen sich. Die KPJ ist die zweitkräftigste Partei, die stärkste proletarische Partei geworden. Sie hat von 666000 Stimmen, die für das Abgeordnetenhaus abgegeben wurden, 312000 (etwas über 14 Prozent) erlangt. Statt 19 Mandate, wie bisher, wird die KPJ, künftig 35 Mandate haben. Von 1600000 Stimmen der tschechischen Sozialdemokratie im Jahre 1920 sind ihr 600000 geblieben. Die deutschen Sozialdemokraten verloren von den damaligen 700000 Stimmen 300000.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei haben die Erwartungen weit übertroffen, die man an sie gestellt hatte. Der glänzende Sieg der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, der unsere Partei zur zweitkräftigsten in der Tschechoslowakei gemacht hat, hat mehr mit aller Gewalt die Tatsache bestätigt, daß die internationalen Kräfte in Europa überaus im Steigen begriffen ist. Wie kein anderes Argument, so ist die Wahlergebnisse in der Tschechoslowakei die Bestätigung der Sozialdemokratie vom

Zusammenbruch des Weltinflationensystems der kommunistischen Parteien Künig. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei hat eine katastrophale Niederlage erlitten. Sie ist fast auf ein Drittel ihrer Stimmen, die sie noch bei der letzten Wahl aufbringen konnte, zurückgegangen. Und das trotz der Wahlschritte finanzieller und ideeller Art, die ihr die „Republik“ und die tschechische Arbeiterpartei in reichlichem Maße hat aufstellen lassen.

Audem wir unserer Bruderpartei in der Tschechoslowakei die heißen Kampfstrategie und Gleichmäßigkeit überwinden, geloben wir als Kommunisten, alles daranzusetzen, daß auch der 29. November in Deutschland ein Ehrentag wird für die deutsche Partei und für den Sieg des Gesamtproletariats der ganzen Welt. Wir werden Donnerstag noch näher auf die Rollen in der Tschechoslowakei eingehen.

Katol und Genossen vorläufig gerettet

Ein Erfolg der internationalen Proletarier

Wien. Im Prozeß gegen Katol und Genossen erklärte der Präsident des Landesgerichts, Langner: „Das Gericht erachte die Anwendung des handelsrechtlichen Verfahrens als nicht zulässig und überweise den Prozeß den ordentlichen Gerichten.“

Brief aus Bayern

Die Stabilisierung

„Nach in der Ordnungsgasse hat man „stabilisiert“. Die Schäden, die Jitters Republikfälle im November 1923 im Münchener Hofbräuhaus verursacht, sind längst ausgebeiligt. Das Bier, die finanziellste Dokumentierung bayerischer Belange ist wieder fremdenmäßig. Auch die Finanzen des Staates. Dollare kauft man nicht mehr in lärmigen Börsen. Was Herr Dr. Schacht recht ist, ist dem Herrn Finanzminister billig. Dabei belam Bayern seine eigene amerikanische Dollarsanleihe, die zur Hebung der finanziellen Lage, die zur Hebung der bayerischen Wirtschaft, die zur Hebung der bayerischen Wirtschaft dienen soll.

So herrscht überall Ruhe und Ordnung, so daß Rupprecht und seine Berater es an der Zeit fanden, sich dem bayerischen Volk zu zeigen. Während am Münchener Hofbräuhaus Herr Dr. Schacht in die Wirtschaft eintrat, die sozialdemokratischen Zeitungen leitenlange Berichte über den Dalkhofprozess bringen, frohlockten, daß es endlich gelungen ist, den Nationalismus Gehris, Scheidemann usw. nachzugeben, findet Rupprecht seine künftigen Führer aus. Was der Wagnisfall dazu ungenügend? Bist nicht etwa ein Zusammenhang zwischen dem Dalkhofprozess und dem beschleunigten Monarchistenputch? Die maßgebende Regierungspartei, die Bayerische Volkspartei, hat aus ihrer monarchistischen Gelungung niemals einen Schritt gemacht. Reichswehrminister Dr. Gehler erklärt 1924, daß im Falle einer Wiedererneuerung der Monarchie die Reichswehr nichts dagegen unternehmen werde. Und wenn die Sozialdemokratie zu ungeheurer großen Wert darauf legen, von reaktionären Generalen das Zeugnis unantastbarer Kameradschaft der vorkriegsständigen, monarchistischen Gelungung zu erhalten, kann man gar nicht erwarten, wann Rupprecht seine Zeit für gekommen hält. Doch auch in der beschleunigten Art der Durchführung dieses geplanten Putsches merkt man die vollkommene Stabilisierung. Früher galten Putsch als das letzte Mittel. Alles war Wagnis, der Ausgang unbestimmt. November 1923 will man sich beim Hitler-Putsch beteiligen, wenn 51 Prozent Sicherheit gegeben ist. Aber Rupprecht geht wie ein lächelnd überlegen, ruhender Kaufmann vor. Er tritt dem Geschäft erst dann näher, wenn die Verhältnisse ruhig, klar, stabil, wohlgeordnet sind und 100 Prozent Sicherheit für die glatte Durchführung der geplanten Transaktion gewährleistet wird. Darüber die Wagnisreden mit abgehenden Persönlichkeiten und der bayerischen Regierung, die alle abhaken, nicht weil sie etwa gegen die Monarchie sind. Gerade weil sie Monarchisten sind, verlangen sie ihre Würdigung, denn sie halten den Zeitpunkt für ungeeignet. Rupprecht muß eben noch warten, und es ist ihm zu wünschen, daß die in wohl geübten Ehrenjüngern, ohne die er (neben der Volksabstimmung) die Krone nicht annehmen wird, bis dahin nicht nur die tiefste Reife ihres Reiches erhalten.

Der bayerische Ausnahmezustand

Nur eine einzige Seite zeigt von verführerischer Pracht: Kahr'scher Regierungszustand: Der Ausnahmezustand. Die Kommunistische Partei Bayerns hat innerlich gleichmäßig die Ungültigkeit überlebt. Doch als sie nach Aufhebung des Parteiverbotes daran ging, die Partei organisatorisch zu führen, die dreien Wahlen der Arbeiter über die vor anderen Augen sich vollziehenden Umgruppierungen in Politik und Wirtschaft aufzuklären, da sollte die Anwendung des Ausnahmezustandes das vollbringen, was die bayerische Regierung der Partei nicht fertig bringen konnte. Man verlor vollständig öffentliche kommunistische Versammlungen. Landtags- und Reichstagsabgeordnete wurden unter Strafe ihrer Immunität von Parteikonferenzen weg verhaftet. Keinem Abgeordneten ist es möglich, vor seinen Wählern zu sprechen. Kleinbauern in Oberfranken, durch die Ausbreitung des Dames-Planes und der Schulhöfe in schwere wirtschaftliche Katastrophe geraten, wenden sich ab von der Politik des Reichslandbundes und verlangen einen kommunistischen Abgeordneten zu hören, der, selbst Landwirt, die Mühe und Sorgen der Kleinbauern kennt. Doch die bayerische Regierung verbietet auch alle zu diesem Zweck angelegten Versammlungen. Aufstand-Delegierte dürfen nicht sprechen, weder in öffentlichen, noch in geschlossenen Gewerkschaftsversammlungen. Und so wie man gegen den politischen und wirtschaftlichen Kampf der KPJ, vor sich nicht man auch das kulturelle Leben des Proletariats zu unterdrücken. Doch wenn man trotz der Bestimmungen des Ausnahmezustandes einen Kunkabend proletarischer Freizeiter nicht verbieten kann, gerät man nicht in Verlegenheit. Man macht einen kleinen Ausflug in die Geschichte und findet dabei, daß der Gott, der Eisen und Bleiwerte wagen ließ, im Jahre 1862 ein Gesetz schuf, mit dessen Hilfe man die unerschöpfliche, göttliche, vererbte Kunst des Proletariats reichmäßig und gemeinlich unterrichten kann und will.

Bulgarien — Bayern

Hat man 1923 mit Unrecht den Begriff „Sowjet-Sachen“ geprägt, mit voller Berechtigung hat man heute von einem „Bulgarien-Bayern“ auf demokratischer Grundlage sprechen. Die Bombe? Das ist die neue Taktik der Partei, die Parole von der Wiedergewinnung der Einheit und der internationalen Gewerkschaftsbewegung, gebildet auf die von Gott gebilligte Kataklyse der Verfallung. Dabei lagte einmal: Wenn unsere Feinde uns loben, haben wir einen Fehler gemacht. Man lobt uns nicht. Wir haben keinen Fehler begangen, sondern einen Weg gezeigt, der, wie er richtig und gut bestimmt, zu einer ungeheuren Freigabe der Partei und Stärkung der gesamten Arbeiterklasse führen wird. Und daß das so ist und sofort auch von den Reaktionären erkannt wurde, beweist der Umstand, daß seit dieser Rede der Partei die Verfolgungen durch Staat und Polizei sich vervielfacht haben. Hat man früher öffentliche Versammlungen unterbrochen,

verkaufte ein Genosse in einem Tage bei der Sand- agitation im Bitterfelder Gebiet. Genosse wieviel Marken hast Du bis jetzt verkauft? Berichte sofort an die Bezirksleitung. Schickt schnellstens die gesammelten Beträge ein.

Der neue Sieg der Nationalbewegung in China

Die Soldner Englands haben in China schlechte Zeiten. Erst kürzlich gelang es der nationalrevolutionären Regierung in Kanton, das Reichsgebiet in Canton auszuheben. Nun folgt die entscheidende Wendung im Norden Chinas. Der Militärführer Liangshilin, der Freund Englands und japanische Antilochschicht, hatte sich lange Monate der Macht in Nord- und Mittelschina gehalten. Die heftige Opposition der Nationalbewegung gegen ihn hat aber seine Stellung erschüttert. Erst wurden die Truppen Liangshilins in Mittelschina von Wupai, dem Freunde Amerikas, geschlagen. Nun hat auch in Peking der General Feng, der Feind Liangshilins, die Macht an sich gerissen und die offizielle chinesische Regierung, die aus Kreaturen Liangshilins besteht, abgesetzt. Die Truppen Liangshilins mussten sich in die Mandchurien zurückziehen. General Feng ist nun Mitglied der revolutionären Ku Min Tang-Partei. Aber er hält es für nötig, mit der Nationalbewegung zusammenzugehen. Seine erste Tat als Machthaber in Peking war, daß er die famole Zollkonferenz ausmangelte, auf der die Liangshilin-Regierung mit den fremden Kapitalisten zur Ausweitung der chinesischen Märkte zusammen geschickt hatte. Dieser Schritt des Generals Feng ist eine ungeschätzliche Demonstration gegen das fremde, ganz besonders gegen das englische Kapital. Feng hat damit gezeigt, daß er wenigstens zunächst mit der Nationalbewegung zusammengehen will. Man kann mit großer Spannung der Weiterentwicklung der Dinge in Peking entgegensehen.

Locarno-Belimmungen der linken SPD.

Das „Zwischen Vorkblatt“, als Sprachrohr der „linken“ (schönen SPD), wurde am 14. November trüblich feiert: „An den nächsten 14 Tagen wird die Entscheidung fallen. Aber schon jetzt kann man sich denken, daß alles in Wohlgefallen lösen, daß der Reichstag nicht aufgeführt wird und daß die Sozialdemokratie in diesem Reichstag in verächtlichem Maße ihre Opposition gegen die, gleichgültig in welchen Farben schillert, Bürgerlicheregierung forsetzen muß und wird.“ Man weiß was für eine „Opposition“ die Sozialdemokratie im Laufe dieses Jahres im Reichstag der Luther-Regierung gemacht hat. Wenn es nicht nur um die Abkündigung der Locarno-Verträge geht, sondern um die Abkündigung des Locarno-Vertrages, hat die SPD, hinsichtlich der Luther-Regierung das Besondere getan. Die SPD-Führung redet sich vor den Arbeitern nach bewährtem Rezept aus: Man ist zwar in der Innenpolitik gegen Luther und Stresemann, aber die Erfüllung von Verbindungsabkommen der Regierung nach außen sei im Sinne der SPD und im Einklang mit dem. Es ist die angeblich linke Außenpolitik der Luther-Regierung der besagte Dezentrat für die rechte Innenpolitik. Dasselbe Theater wird bei der sozialdemokratischen Führung jetzt in der Locarno-Frage spielen. Von der SPD-Opposition kommt das gegen uns im „Zwischen Vorkblatt“. In derselben Nummer des „Zwischen Vorkblattes“ findet sich ein Artikel von Paul West, überschrieben: „Klare Politik“. West behauptet, daß die Forderung der SPD, nach Reichstagsauflösung unsinnig sei, wenn man durch die Reichstagsauflösung nur eine Mehrheit für Locarno schaffen will. Denn eine solche Locarno-Mehrheit ist schon im letzten Reichstag vorhanden. West fährt dann fort: „Sagen wir ganz offen: Friedliche Außenpolitik der Sozialdemokratie, ob Locarno oder sonstwie, ist Lug und Trug. Sie kann nicht friedlich sein. Sagen wir offen: Friedliche Außenpolitik ist nicht möglich, solange nicht die Arbeiterklasse im Inneren des Reiches ist. Sagen wir offen: Eine bürgerliche Regierung, die uns im Inneren beherrscht und die wir bekämpfen, mag die Stimmen für ihre Außenpolitik holen, wo sie mag, nur nicht bei uns.“ Diese Grundzüge sind richtig. Aber proletarische Politik machen will, muß die Locarno-Berträge ablehnen, da Locarno der Ausdruck für die Außenpolitik des europäischen Kapitalismus ist. Paul West und die übrigen linken sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben die Möglichkeit, demgemäß zu handeln, was die gegen Locarno stimmen. Aber in der Vergangenheit hat im Reichstag bei jeder einzelnen Abstimmung die linke Sozialdemokratie die Außenpolitik Stresemanns genau so geteilt wie die rechte. Auch diesmal werden wir nichts anderes erleben. Aber die linken sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen sollten sich die Frage vorlegen, warum die Praxis ihrer Führer so leicht zu ihrer Theorie stimmt.

Neue Arbeiter-Literatur

H. Stefanowitsch „Der eiserne Strom“

Ein neuer Roman aus Sowjet-Rußland, ein Roman von so monumentaler Größe, wie sie in der modernen Literatur der ganzen Welt nicht erreicht werden konnte. Die heroische Tat eines ganzen Volkes zeigt hier eine Selbstentzündung, die nicht die überragende Größe eines Einzelnen bedingt. Das ist das Neue und Große. Der namenlose Held ist hier ein ganzes Volk, das aus seinem Schosse seinen Führer wählt, der mit ihm Hand und Glied der Unterdrückung und dem es, verbunden wie auf ein Ziel, folgt in den Kampf, der die Freiheit erkämpfen soll. Erst das Volk der Ukraine, das durch die weißen Banden von seinem Grund und Boden vertrieben, in diesen Kampf zieht. Aus diesem Volk, Männer, Weiber und Kinder, Greise, das mit Ähren und Wagen und aller Habe unterwegs ist, erhebt im harten Kampf eine Herd disziplinierter rote Krieger. Das ist der eiserne Strom, der Hunger und Hitze, dem Unwetter wie dem Gewitterwind widersteht, der selbst den Zug durch das wäsende der Ebbe zurückflutende Meer wagt, wie einst das Volk Israel, das durch Schladter und hohe Berge sich hindurchdringt, vom Feind umstellt, immer den Blick auf das gelobte Land, das offene Land der Freiheit gerichtet, das im Kampf mit dem Feind entgegenwärt und ihn überwindet. Preis broschürt 2,80 Mk., Pappband 3,80 Mk., Halbleinen 4,50 Mk.

Streitschriften der ZM. für China

Heft 1: „Kapitalistischer Rindermord in China“, Preis 0,10 Mk.; Heft 2: „Die kapitalistische Süße in China“ (Aus „The new world of labour“), Preis 0,10 Mk.; Heft 3: „Das kämpfende China“, von Sherwood Eddy, Herausgegeben von der Kommunisten-Partei, Deutsche Edition, Preis 0,20 Mk.

Seit einem halben Jahr ist China in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit und des weltweiten Interesses der gesamten Welt gerückt. In dem Maße wie der Sieg der Kommunisten, der Ausbeuter Chinas, wuchs, die der große Unfrieden und die Welle der revolutionären Bewegung ebenso in Furcht versetzt wie zu Gewaltmaßnahmen veranlaßt hätte, in dem gleichen Maße wuchsen Sympathie und Interesse der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen und menschlich empfindenden Intellektuellen für das neue Freiheitskämpfende China. Es war die ZM., die nicht nur eine Diskussion für die materielle Unterstützung der Streifenform organisierte — diese Hilfe konnte ja, gemessen an der Reichweite der chinesischen Arbeiter, nur klein sein —, es war die kulturelle Tat der ZM., die auch mit allen nur möglichen Mitteln, täglich in Wort und Schrift, in Tausenden von Massenversammlungen und in der Presse für Auf-

Nachtrag zum Bericht der Parteiarbeiter-Konferenz

Entscheidung

Die erste Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Halle-Merseburg der SPD bespricht die Beschlüsse der ersten Parteiarbeiter-Reichskonferenz Berlin und verpflichtet sich, in ihrem Sinne zu arbeiten. Die freie Diskussion auf Grund des Offizial-Berichtes an die SPD hat auch im Bezirk eine politische Umstellung eingeleitet. Der bisher in parteiunabhängiger Form, die Anwendung falscher Arbeitsmethoden der medonisch-organisationsmäßige Druck hatten geführt:

- a) zur Mobilisierung der Partei von den dreien Arbeitern; b) zur Abstellung von Parteiarbeitern; c) zur Gleichgültigkeit gegenüber den Aufgaben der Partei. Bezüglich des Fraktionsgesetzes innerhalb des Bezirk abgelehnt die Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz die Entlassung der Reichs-Parteikonferenz. Die organisierte rechte Fraktion wurde im Bezirk geschlagen und eine Klärung der politischen Differenzen mit diesen Genossen herbeigeführt. Die Parteikonferenz beauftragt die Parteileitung, gegen jede Fraktionsstimmigkeit mit den höchsten Mitteln einzuschreiten. Die Parteigliedschaft des Bezirks hat in freier Meinungsäußerung die kritischen Fragen gestellt und hat sich im überwiegenden Maße für die Politik der Komintern entschieden. Durch die Diskussion ist der Antrag gemacht:

- 1. zur Herstellung der inneren Parteidemokratie; 2. zu einer größeren persönlichen Initiative der Parteiarbeiter; 3. zur Forderung der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit; 4. zur Beschleunigung der Reorganisation der Partei auf Betriebszellen; 5. zur Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern.

Die in parteiunabhängiger Form ist abgeschlossen. Die unterstehenden Aufgaben erfordern eine einheitliche Partei mit einheitlicher Führung. Die gewonnenen Erfahrungen müssen mehr in der Anwendung finden in verstärkter Ausführung und Erziehungsarbeit, in der Steigerung der Werbestraft der Partei.

Zur Lage im Bezirk

Die Krise der deutschen Wirtschaft macht sich im Industriebezirk Mitteldeutschland besonders bemerkbar. Die Kreditkrise wirkt seit langem ihre Schatten voraus. Das Unternehmertum versucht durch verstärkte Ausbeutung, durch Verweigerung jeder Lohnzulage trotz anhaltender Leistung, durch Beibehaltung des zwölfstündigen Tages im Bergbau, des neunstündigen im Chemie- und Metallindustrie, durch verächtliche Durchführung des Geleges, Alkoh. Prämiens- und Minutensystems in allen Industriezweigen die Krise zu überwinden. In der Metall- und Schweißindustrie ist die Ausbeutung eingeleitet. Die Beschäftigten sind teilweise entlassen. Im Kali-, Erz- und Braunkohlebergbau zu streikten die Unternehmer zu größeren Entlassungen. Die Arbeitslosenfrage steigt. Die abgeschlossenen Tarif- und Arbeitsverträge haben eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft nicht gebracht. Die freien Gewerkschaften haben unterlassen, die Arbeiter der verschiedenen Industriezweige zu einer Kampfeinheit gegen den Unternehmerterror zu organisieren. In den Reihen der Arbeiterschaft ist eine zunehmende Enttäuschung bemerkbar. Der Mitleid mit der Arbeiterklasse ist nur durch die organisierte Berichterstattung der aus Angst zurückgefliehenen Betriebsbelegierten, durch die wirtschaftliche und politische Erklärung der Arbeiter- und Bauernregierung wächst die Sympathie für Sowjet-Rußland.



Die sozialdemokratische Führerschaft verliert mit allen Mitteln, die sie sich anbahnen rote Einheitsfront zu unterbinden. Die Gewerkschaftsbürokratie (abstreift die Vertiefung der Reichsland-Delegationen. Die SPD-Führung hat das Angebot der SPD, durch eine Einheitsfront bei der Provinzialparlamentswahl eine rote Mehrheit im Provinzialparlament zu schaffen nicht beantwortet. Die Führer der SPD, zeigen sich damit erneut als Selbstverleugner der Reaktion, die als Erziehungsmittel gegen die Arbeiterklasse geschaffen wurde. Diese Taktik mußte dem Willen, das die Parteiführung auch in Zukunft in der Provinz mit den Bürgerlichen arbeitende Politik verfolgen will.

Es ist Aufgabe der Kommunistischen Partei, durch ihre Politik und Taktik die sozialdemokratischen Arbeiter aus der Gefährdung ihrer reformistischen Führer, loszureißen. Unsere Lösung muß sein: Aus der Arbeiterbewegung, die sich in der Provinz als ein Bourgeoisie. Dazu gehören: Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen, Auf- und Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen sowie der Kommunal- und Genossenschaftsorganisationen, Bildung von Gewerkschafts- und Arbeiter-Organisationen in den Ortsgruppen, Fortsetzen der Unterbeiräte, sowie bei der Vertiefung, Schaffung von Werks- und Einheitskomitees in den Betrieben.

- Für die Durchführung der hundertprozentigen Organisation der Belegschaften in den freien Gewerkschaften. Für die Schaffung der Industrieverbände. Für die Zusammenfassung der Betriebsräte. Für die Herausbildung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung. Für die Schaffung eines engen Kampfbündnisses zwischen den Industriegruppen Metall, Chemie, Bergbau und Bergbau, um eine einheitliche Führung der Lohn- und Arbeitskampfaktionen zu führen. Für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit. Für die Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Halle-Merseburg verpflichtet die gesamte Mitgliedschaft, die

Partei-offensive

durchzuführen und sich einzusetzen für die finanzielle Stärkung der Partei, für die schnelle Durchführung der Kampagne „Partei in Not“.

- Für die Gewinnung neuer Mitglieder und Zeitungsbönnenten. Für die reifliche Durchführung der Reorganisation der Partei. Für die hofweckendste Durchsicht der gesamten Partei. Parteiarbeiterkonferenz der SPD, für den Bezirk Halle-Merseburg.

Verhältnis der Partei zur Jugend

Die Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz stellt sich hinter die verabschiedete von der Reichs-Parteikonferenz angenommene Resolution, welche das Verhältnis der Partei zum Jugendverband regelt. Sie verpflichtet sich insbesondere, bestmöglich in allen Orten, wo eine Ortsgruppe des Jugendverbandes besteht, ein enges Verhältnis der gegenseitigen Zusammenarbeit zu schaffen. Dort, wo noch keine Ortsgruppe des Jugendverbandes besteht, muß durch die Parteiführung ein solches geschaffen werden. In allen Orten, besonders aber dort, wo die Jugend schwach ist, muß ein längerer Genosse der Partei zur Unterstützung der Arbeit unter der Jugend freigestellt werden. Besonders der Bildung von Jugendgewerkschaftsaktionen muß erhöhte Tätigkeit gewidmet werden.

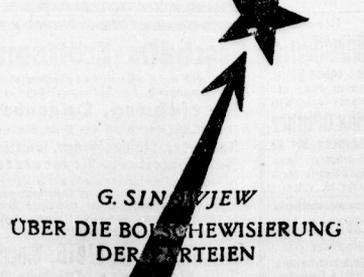
Die Reichsbahndirektion lehnt die Verhandlungen ab

Die Eisenbahner müssen in den Kampf treten

Berlin, 16. November. Die Reichsbahndirektion Berlin hat den Antrag des Eisenbahner-Verbands der Reichsbahner Deutschlands auf Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Eisenbahner abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet eine Provokation gegenüber den hungernden Eisenbahner. Es wird den Eisenbahner nichts anderes übrig bleiben, als den Kampf gegen die Reichsbahndirektion aufzunehmen. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie nicht bereit ist, den Kampf zu führen, so müssen die Eisenbahner nicht zögern. Sie müssen sich bemühen, daß auch der von dem Einheitsverband eintreffende Schlichtungsausschuss ihnen nicht die notwendige Zulage bringen wird, sondern daß der Schlichtungsausschuss ihnen vielmehr 1 oder 2 Pfennige bewilligt. Die bringende Notwendigkeit ist die sofortige Erklärung der Eisenbahner Deutschlands und angenommen den Kampf gegen die reaktionäre Politik der Reichsbahndirektion!

führung über China sorgte. Das bis vor kurzer Zeit für die europäischen Mächte noch „buntes“ Reich der Mitte ist in den letzten Monaten zu dem Land geworden, von dem eine neue Flamme der

ZUR PARTEIDISKUSSION



Revolution ausgeht. Das chinesische Proletariat ist eingetreten in die weltumspannende Front gegen den Imperialismus. Der europäische Arbeiter und einseitige Intellektuelle hat die Bedeutung des chinesischen Freiheitskampfes erkannt — es gilt jetzt, dieses spontan aufgelaufene Interesse für China zu vertiefen. Es ist ein neues Bedürfnis, die Arbeit der Partei über die Initiative dieses zu haben. Die Zeit, die uns vom Ausgang der chinesischen Bewegung, die uns von den Ereignissen des Juni und der folgenden Monate trennt, ist zu kurz, als daß ich die Werte hätten erleben können. Was not tut, ist Material über die Vorgänge in China und ihre Ursachen. Solches Material hat das Zentralkomitee der ZM. gesammelt; und in drei kleinen Broschüren übersichtlich zusammengestellt, lo daß damit Informationen auf den verschiedensten Gebieten gegeben werden. Das erste Heftchen, dessen erste Auflage bereits vergriffen ist, und das jetzt in zweiter Auflage erscheint, „Der kapitalistische Rindermord“ ist ein Bild von der maßlosen brutalen Rindermordtätigkeit in China.

Das zweite Heftchen, „Die kapitalistische Süße in China“ führt über die Arbeits- und Lebensbedingungen der chinesischen Arbeiter über ihre Ausbeutung und Unterdrückung durch die Imperialisten und über den Stand ihrer Organisationen in Gewerkschaften und Betrieben auf.

Das dritte Heftchen, „The new world of labour“ (Die neue Welt der Arbeit), dessen Verfasser der durch ethnische Studien bekannte Vorlesende des „Kreuzes christlicher junger Männer“ in Amerika, Sherwood Eddy, ist. Gerade dadurch, daß ein christlicher Verfasser die entsetzlichen Folgen der schrankenlosesten kapitalistischen Ausbeutung zeigt, wird diese Schrift um so lesenswerter.

Die dritte Schrift, die vom Hauptverband chinesischer Studenten in Deutschland zusammengestellt wurde, unterrichtet über die politische und wirtschaftliche Lage Chinas, über die Rolle der verschiedenen fremden Ausbeuter, und bietet in eine wertvolle Ergänzung zum sozialistischen Material des Reichsverbandes der Eisenbahner. Alle drei Hefte sind im Neuen Deutschen Verlag zu beziehen zum Preise von 10 und 20 Pf. lo daß sie jedem Arbeiter zugängliche sind und die Auffklärung über China in die breitesten Massen zu tragen bestimmt sind.

ZU BEZIEHEN DURCH DIE LITERATURBLEUTE 130 SEITEN PREIS 80 PFG. VERLAG CARL HOJMY NACHF.

Reinbarnern!

Gehebt in den Verlag Neues Volk die Nr. 12 von „Einiges Volk“, Halbmonatsschrift des Reichsverbandes der Reinbarnern, erschienen. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben: Die Kreis- und Provinzialparlamentswahlen in Preußen, Auslandskredite und Reichslandstrecke für die Landwirtschaft, Sturmzüge in der deutschen Bauernschaft, Bauernpost, Feld und Wald usw.

AM DEIN BETRIEBEN

Nacht doch endlich Schluß mit der Anti-Bongen-Stimmung

Arbeiterkorrespondenz aus Grube „Almine“

Kaum haben wir im „Klassenkampf“ von einem Unglücksfall beim Brückenbau auf Grube „Almine“ berichtet, da ist schon wieder ein Arbeiter-todesverunglück und von der Brücke herabgefallen. Aber die Proleten haben auch selbst mit Schuld an den vielen Unglücksfällen, denn scheinbar ist irgend ein Arbeiter ohne einen Helm, so lassen sie sich gerade auf Grube „Almine“, immer wieder zu der unvernünftigen Schererei misshandeln. Haupt-sächlich die vom Dorfe kommenden Arbeiter machen Unheilsünden über Unheilsünden.

Frägt man die Kollegen nach der gewerkschaftlichen Zugehörig-keit, so bekommt man die Antwort: „Für die Bongen haben wir nichts übrig“. Aber für die Wertvereine, da haben sie immer noch Geld, nicht etwa aus nationalsozialistischer Stimmung, sondern weil sie hoffen, dann ihrer Futtermittelpreise höher zu stehen. Es ist aber besser auf Grube „Almine“, die so schufen, daß sie überhaupt nicht mehr nach Hause kommen, und die gar noch prüfen, daß sie bei dieser Schinderei ganz gut zurecht kämen. Sie müssen überhaupt nicht mehr, daß sie Menschen sind, und sie denken nicht daran, wie schnell sie verrotten und wie kurzzeitig sie denn als Lebewesen und Insassen weiter leben sollen. Nicht einmal der Lohn wird pünktlich ausgezahlt, und eine Reihe Kollegen muß nicht zu mühen, sondern verrottet sich wie die kleinen Kinder, wenn es gilt, dem Obersteiger gegenüber seinen Mann zu stehen.

Kollegen, wir werden uns immer wieder an Euch; Überlegt doch endlich ernstlich solchen Treiben! Die Wertvereine nehmen Euch doch doppelt und dreifach was ihr Euch verdienen verdient, und nicht einmal halten. Wenn sozialdemokratische Gewerkschaften nicht genügend eure Interessen vertreten und mit den Unternehmern über Euch zuhandeln, so seid ihr in den Wertvereinen doch noch viel unmittelbarer und unmittelbarer der Ausbeutung durch die Unternehmer ausgesetzt, die auch Euch nur nach ihren Profitgesichtspunkten behandeln und behandeln! In den Gewerkschaften aber seid ihr doch eine große Arbeiter-masse, die mit einem verlässlichen Führerkreislauf wirklich fertig werden kann. In den einzelnen Betrieben merdet ihr gegeneinander ausspielen. Ohne Gewerkschaften bleibt ihr dem in gewaltigen Trüben und Scheiternsorganisationen zusammenge-schlossenen Kapital gegenüber stets im Hintertreffen. Nicht wegen der Bongen sind wir in den Gewerkschaften, sondern weil wir die Gewerkschaften lebensnotwendig brauchen und sie durch unsere Mitarbeit zu wirksamen Aktionskampfororganisationen machen wollen und machen können. Also, Kollegen, streitet in die Gewerkschaften und ihr müßtigen auch alle Arbeiter und für höhere Löhne bei wirksamem Aktionskampf einsteigen!

Zu dem Bericht im „Klassenkampf“ vom 10. November ist zu er-zählen, daß die damals erwähnten Wertmeister Werner und Daume zwar nicht an der neugebauten Brücke beschäftigt sind, daß sie aber zu jenen Leuten gehören, die die Arbeiter schikanieren, wo sie nur können.

Massenentlassungen bei der Firma Kunsch, Rasberg

Arbeiterkorrespondenz

Immer klarer zeigt es sich jetzt, wofür ein Segen durch die An-nahme des Londoner Paktes über die deutsche Arbeiterkraft ge-kommen ist. Die Kräfte, die sich bei uns vor allem in der Meta-l-lurgie bemerkbar macht, müßten am Tag zu Tag. Die Kapri-talisten neigen sich jedoch zu denken, daß sie die Arbeiter bis zum letzten Tropfen auspumpen. Wenn auch das nichts mehr hilft, dann wird die Ruhe eintrüben gelassen. Was hört es den Unternehmern, wenn er einige Wochen nicht arbeiten läßt, er hat ihnen vor dem aus den Proleten genug Profit herausgeschlagen! So der morgen und Woche wurden, nachdem schon früher Entlassungen stattgefunden hatten, wiederum 17 Arbeitern bei der Firma Kunsch, Rasberg, gekündigt, darunter auch einem Schwere-triegschbedienten, der seine Knochen auf den Schlach-telfeldern der Kapitalisten geopfert hat und jetzt sehen kann, wo er steht, daß er der „Sant des Vaterlandes“ ist. Nach wie vor herrscht aber in der Industrie ein weites, die Meister bringen in der Hand herum wie die Wilden, einer schlimmer als der andere. Sie haben selbst Angst, daß auch einer von ihnen

Um den Bergarbeiterführer in Preußen

Von Gustav Sobotta (Zurücklegung)

Obwohl unsere grundsätzliche Stellung zu den Einflüssen, wie aus dem zu Anfang dieses Artikels Angeführten hervorgeht, dahin ist, daß wir die nicht für eine legerenweise Einrichtung für die Bergarbeiter halten, haben wir im Ausschuss diesem Antrag zu-gestimmt, um zu erreichen, daß für die Zukunft die Einflüsse nur aus den organisierten technischen Bergarbeitern, das sind vor-zugsweise die Steiger, entnommen werden, und um zu verhindern, daß die Bergbehörde in der Lage wäre, Leute zu Einflüssen zu bestellen, die der Kategorie der durchgefallenen Bergarbeitern und sonstigen Berg angehören.

Dieser im Ausschuss angenommene Antrag war aber den reaktionären Bergräten des Ministeriums außerordentlich unangenehm. Er band dem Oberbergamt in seiner Willkür bei der Auswahl der Einflüsse die Hände, und darum erklärte der Vertreter der Regie-rung, daß dieser Antrag für sie unannehmbar sei. Sie, die Regie-rung, würde mit allen Mitteln gegen die Durchführung dieses An-trages kämpfen. Dasselbe wurde auch, als ich später zeigen werde, bei dem Punkte Grubenkontrollen gelöst.

In der Zeit zwischen Ausschussberatung und der letzten Beratung im Plenum ist es dann aber der Regierung beziehungsweise den reaktionären Ministern und Bergräten gelungen, die Regierungsparteien, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten umzuklimmen.

Am Tage vor der Beratung im Plenum brachten diese dann gemeinschaftlich einen Änderungsantrag ein. Dieser Antrag lautete auf Druckfrage 823 Ziffer 5 jedoch nachfolgendes werden. Der Sinn dieses abgewanderten Vorlesens ist der, daß die Organisations Vor-schläge machen können. Das Oberbergamt ist aber an diese Vor-schläge nicht gebunden. Es kann auch außerhalb dieser Vor schläge seine Einflüsse entnehmen.

Mit der Einbringung dieses Antrages waren Zentrum und Sozialdemokraten unglücklich, und der Sieg lag auf der Seite der reaktionären Bergräte. Gegen diesen abgewanderten Antrag haben wir bei der ersten Ab-stimmung gestimmt, um zu erreichen, daß der Ausschussantrag zur Abstimmung und Annahme gestellt würde. Als die erste Stim-mabstimmung darüber zweifelhaft war und wir den Saal verlassen, kamen

auf die Straße fliegen könnte, da muß man doch bei dem Alten eine Rücksicht bewahren! Unglücklicherweise werden Versuche mit neuen Ausbeutungsmethoden angestellt. Man geht so weit, daß man frühere sanitäre Einrichtungen beseitigt. So wurde dieser Tage die frühere Krankenabteilung geräumt, und die Ein-richtungengegenstände in die Frühlingsküche gebracht. In der früheren Krankenabteilung will man ein Chemisches Laboratorium einrichten. Weshalb braucht auch eine Eingekerkert von annähernd 400 Per-sonen eine Krankenabteilung oder einen Verbandsraum? Proleten können doch ruhig versterben, es gibt doch immer wieder andere! Es wird Aufgabe der Betriebsleitung sein, die Gemeinheitspolizei etwas anmerken zu machen. In Halle, wo die Arbeiter die Betriebe im Besitz haben, sind herartige Zustände nicht möglich. Sorgen wir durch Stärkung der roten Front, daß diese Zustände auch hier bald beseitigt werden. Am 20. November bietet sich die Gelegenheit dazu.

Lonwarenfabrik Krüger & Klee, Hoheneißlich

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Der junge Arbeiter bekommt weniger Lohn, weil er jung ist und angeblich auf Grund seiner Jugend keinen Anspruch auf eine Beförderung seiner Lebensverhältnisse hat. Nach diesem Prinzip arbeitet eben genannte Firma, mit der wir uns schon des öfteren beschäftigt mußten. Die Firma stellt den Jungarbeitern ein nettes nettes Arbeitsplatz, die man der Trübsal ansehen kann. Man ist der Ansicht: „Gute Löhne verdienen den Charakter der Jugend.“ Es ist tief bedauerlich, daß in genannten Betriebe eine große Anzahl Arbeiter ein derartiges Vorgehen der Firma billigen. Haben die jugendlichen Arbeiter nicht auch das Recht, als Menschen zu leben. Es sagt ein großer Rück-führer, wenn auch ein Teil der erwachsenen Arbeiter immer wieder mit der Bremsel kommt: „Als wir früher jung waren, müßten wir für noch viel weniger Geld arbeiten.“ Es sind dies meistens solche Leute, die schon lange Zeit bei der Firma Krüger & Klee beschäftigt sind. Hoffentlich sehen diese Arbeiter ein nettes nettes Arbeitsplatz, die man der Trübsal entnehmen. Denn ein junger Arbeiter, der vom Unternehmer mit ein paar Beihilfegeldern abgebeigt wird, muß sich zum Lohnbedürfnis gegen-über der erwachsenen Arbeiterschaft auswirken. Darum stellt das Unternehmern auch mit Vorliebe junge Arbeiter ein. Die erwachsenen Arbeiter, die sich in dieser Frage mit ihrem Ausbeuter solidarisieren, und gewollt oder ungewollt Feinde der Arbeiter-kasse. Für die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen ergibt sich die Pflicht, energisch für eine Veränderung dieser Verhältnisse zu kämpfen. Aber nur, wenn wir ein geschlossenes Ganzes bilden, können wir unsere Ausbeuter niederringen. Darum: Streitet in den Betrieben und kämpft mit ihm! Die revolutionäre Jugend wird Euch in Eurem Kampfe unterstützen!

Baraden im Winter

Tiefbaufirma Schaubiger, Bitterfeld

Seit es kälter geworden ist, treten die Missetaten bei der Bau-firma Schaubiger besonders stark auf. Die Baraden für die Be-schäftigten sind darauf, daß Arbeiter bei Krankheit überhaupt nicht bezahlt werden können. Die Dielen streuen 3 1/2 ausenander, so kalt ist es in den Räumen. Ein Raum von 100 Quadratmetern wird mit nicht mehr als 25 Stützet täglich geheizt. Wenn die Holz haben wollen, müssen die Arbeiter zahlen geben. Die Zulage sollen nach Meinung des Chefs doch von dem Kaffaktor bezahlt werden - meint, das können der Kaffaktor und die Arbeiter selbst sehen. Material dafür wird nicht gegeben. Als einige Kollegen sich über Rheumatismus beklagten, sagte ihnen der Chef zumisch, für Krante keine die Baraden nicht dar, sie sollten ins Krankenhaus gehen oder nach Hause und ein paar Tage Schwä-cher nehmen. Dann würden die den Rheumatismus schon wieder los!

Nach den Vorarbeiten müßten die mollenen Bettdecken alle vier Wochen gereinigt werden. Es geschieht aber nur ein- bis zweimal alle sechs Wochen. Wenn die Kollegen aber nur drei Nächte auf den schmutzigen Strohläden in den erkerten Bettstellen gelegen haben, ist ihre Gesundheit gefährdet. Essen und Trinken müssen sie sich selbst mitbringen!

Kollegen! Laßt Euch solche Zustände nicht länger bieten! Kämpft als Belegschaften und vor allem auch von den Gewerkschaften aus um gesunde Arbeitsverhältnisse!

Mansfelder Kuli, aufgewacht!

(Arbeiterkorrespondenz) 17. 11. 25

Mit vollem Recht muß ich das Wort „Kuli“ gebrauchen. Denn der Ausschuss, der die Antirepressivität der Mansfelder A.G. und die miserablen Lohnverhältnisse im Gebiet der reigsten Bodenschätze kennen lernt, der fragt sich, ob er noch in Deutsch-land ist oder in Honoluli. Es ist doch gar nicht zu glauben, daß die Arbeiter für 400 Mark (im Einfließen: vier Mark und dreißig Pfennig) die Schicht bis zum Aufstehen schlafen müssen. Ich will nur zwei Beispiele von den vielen, die man charakterisieren könnte, hier anführen:

Ein Arbeiter, der auf der Krughütte in Giesleben mit dem Ab-räumen der Schlackenberge beschäftigt war, hat sich die Hände mit der warmen, heißen Schlacke verbrannt, so daß ihm die Krug-hütte (Arbeitsort) nicht weiter verrichten und wandte sich an die Betriebsleitung, um für eine gewisse Zeit andere Arbeit zu bekom-men und mit den verbrannten Händen nicht etwa arbeitslos zu werden. Aber die Antwort lautete: „Wir haben keine andere Arbeit für Sie. Wenn Sie diese Arbeit nicht machen können, so nehmen Sie die Kantine.“ Eine Woche lang hatte er gearbeitet, nun legt er mit 11 Mark Verdienst auf der Straße. Denn 11 Mark tun bei den vielen Abzügen nur heraus pro Woche.

Auf dem Wolf-Schicht in Giesleben besteht das Antirepressivität im höchsten Grade. Die Arbeiter, die auf dem Sturze und beim Schiefer fahren, werden nur mit dem Wort „Kuli“, „Kuli“, „Kuli“ angesprochen. Die Arbeiter müssen noch leer werden zum Essen, einer den Magen nicht schnell genug herunterstößt, weil er sich vielleicht die Kule ausstaut, so hagelt es nur von Schimpfwörtern. Der Aufseher (lies Förderer) Louis Hoffman wird ganz bestimmt für das Antirepressivität und Ausschimpfen der Leute noch eine goldene Medaille von der Mann-sfelder A.G. bekommen. Sonst könnte er die Leute nicht so herunter-behen!

Nicht selten kommt es vor, daß bei dieser Jagerei einer dem anderen auf die Beine fährt. Wenn sich dann ein Arbeiter bemüht, wegen den aufgeregten Meinen andere Arbeit zu erlangen, dann blüht ihm daselbst das Schicksal wie dem auf der Krughütte. Er muß, weil er nicht arbeitslos werden, als Opfer dieser Jagerei mit seinen Mitmenschen sein. Die Arbeit weiter verrichten. Denn beim Kräftigen kann man eher von dem Krantengeb-fahren als gesund werden. Diese Zustände herrschen hier, und wenn man sich nur in dem kleinsten Winkel umsieht.

Kameraden! So fann und wird es jedem geben. Wir müssen vereinen, uns gegen die Missetaten der Mansfelder A.G. in einer geschlossenen Arbeiterfront zur Wehr zu setzen. Doch immer wieder Kameraden, ihr seid darin zu finden, wenn sie viel Unheilschäden verurteilen. Überarbeitet ihr Nord an sich selbst und seiner Familie. Bei der Überarbeit verliert man sich schon mehr Kleider und braucht man mehr und härtere Lebensmittel, man seine Körperkraft widerstandslos zu erhalten. Auch immer mit seinen Mitmenschen sein. Die Arbeiter müssen bei überpannten Körperkräften oder läuft man größere Gefahr eines Unglücksfalles, da man leicht die Sicherheitsmaßnahmen überfließt. Und dann ist die ganze Familie im Elend!

Weg mit jeder Überarbeit! Her mit dem Aufstandtag bzw. der Sieben-Stunden-Schicht! Her mit auskömmlichem Lohn! Das muß die Parole aller Mansfelder Proleten sein!

Auch den jugendlichen Arbeiter rufe ich zu: Sucht nicht das Heil bei in jedem Punkte doch sich widersprechenden sozialisti-schen Organisations, sondern zieht Euch ein in die Front der hellenbestimmten Jungproleten und müßtigen dem Schicksal der Bergarbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiter müssen bei überpannten Körperkräften oder läuft man größere Gefahr eines Unglücksfalles, da man leicht die Sicherheitsmaßnahmen überfließt. Und dann ist die ganze Familie im Elend!

Im Preußischen Landtage sowie im Deutschen Reichstage wurde vor dem Kriege diese Forderung von der sozial-demokratischen Fraktion getragen. Nichts ist aus, daß in den Parlamenten der Vertreter der Arbeiter-schaft überfallen bleibt, mit allem Nachdruck für die Durchsetzung dieser Forderung einzutreten. Diese Vertreter der Arbeiterschaft sind aber nicht mehr die Sozialdemokraten, sondern einzig und allein die Kommunisten.

Wenn jetzt im Landtage ein Antrag angenommen wurde, nach dem im Verwaltungswesen aus den Reihen der Bergarbeiterschaft Grubenkontrollen ernannt werden sollen, so ist das einzig und allein ein Verdienst der kommunistischen Landtagsfraktion.

Es gehört eine große Portion Unerschrockenheit dazu, zu behaupten, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit allem Nachdruck für diese Forderungen eingetreten ist. Es läßt sich auch auf die Ver-hältnisse aus den Berichten des Preußischen Landtags nachweisen, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion, seitdem die Sozialdemo-kratie Regierungspartei ist, das ist die ganze Zeit seit Ende 1918, die Einführung von Grubenkontrollen mit aller Schärfe befohlen hat.

Seit dem Jahre 1921 wurden bei jeder Etatsberatung von der SPD-Fraktion Anträge gestellt, die die Einführung der Grubenkontrollen verlangten.

Die Sozialdemokraten mit ihren Bundesverbänden haben regel-mäßig die Anträge abgelehnt.

Nicht nur bei den Beratungen des Bergrates, sondern auch bei Besprechungen der verschiedenen Grubenarbeitertagen wurden von uns die gleichen Anträge wiederholt und unsere Redner haben die Grubenkontrollen immer wieder verlangt.

Die Sozialdemokraten hielten dem stets entgegen, daß jetzt, im Gegensatz zur Fortschrittspartei, die Arbeiter-schaft verbunden wäre und darum die Grubenkontrollen abgelehnt werden müßten. Bei der Beratung des Bergrates 1921 hatte auch der jetzige sozialdemo-kratie Abgeordnete Ditt, damals noch Mitglied der USPD, die Einführung von Grubenkontrollen beantragt.

Auch er wurde damals, genau so wie der Kommunist Sobotta, mit höflichen Bemerkungen von der Partei, dem Berg und dem Oberbergamt abgewiesen.

Daher die sozialdemokratische Landtagsfraktion aus nur ein klein wenig Energie für die Einführung der Grubenkontrollen auf-gebracht, dann wären sie schon im Jahre 1922, nach der großen „Mont-Denis“-Katastrophe eingeführt worden. (Fortf. folgt.)

Sozialdemokraten und Demokraten zu uns und teilten uns mit, daß bei einer Ausbreitung zwischen den Regierungsparteien die Demo-kraten erklärt hätten, daß sie nicht für den Ausschussantrag stimmen werden, das also, müßen auch eine Reihe Zentrumsmenschen tun, weil der Ausschussantrag für ihren Minister nicht tragbar sei.

Durch den Unfall dieser Stimmfänger, mit der die Sozialdemokraten durch die und binn gehen, war keine Mehrheit mehr für den Aus-schussantrag vorhanden. Wenn nur der Änderungsantrag auf Druckfrage 823 zu 5 abgelehnt werden würde, wäre überhaupt nichts mehr übrig geblieben. Aus diesen Gründen und nicht wie der Herr Sobotta behauptet, daß der Genosse Ditt erst die Fraktion veranlaßt hätte, bei der zweiten Abstimmung dafür zu stimmen, haben auch die Kommunisten den Antrag angenommen.

Es wird nun an den Beiratsmitgliedern und Antragstellern liegen, in der nächsten Zeit zu beweisen, welche Vorteile der angenommene Antrag den Bergarbeitern bringen wird. Wir werden ihnen dabei nicht hinterhinken. Im Gegensatz zu dem, was der Herr Sobotta zugunimmt, haben wir den Demagogen und Aufwändern der Sozialdemokratie den Vorwand genommen, vor der Arbeiterschaft zu behaupten, ihre Anträge wären nicht durchzubringen gewesen, weil die Kommunisten sie niedergebietet haben. Darüber die Wort, die zur Beilegung treibt!

Um die Grubenkontrollen

Nun zur Frage der Grubenkontrollen: Der Bergarbeiter Jakob Sobotta:

„Für den Vertreter der Arbeiterschaft bleibt es überfallen, in den Parlamenten mit allem Nachdruck für bessere Gesundheits-maßnahmen einzutreten und sie durchzusetzen!“

Weiter heißt es dann: „Seit Jahrzehnten kämpft die freigeorganisierte Bergarbeiterschaft um die Einführung der Grubenkontrollen. Sie will befehligen sein an der Kontrolle der Grubenarbeit und dies nicht allein in Person-überfließ, sondern ganz Teil der Gefährdungen der Grubenbetrie-be, um deren Vermeidung ein mögliches Opfer zu sein, in der Praxis aber nicht mehr Erfahrungen besitzen können als alle erfahrenen Berg-leute.“

Die hier angeführten Sätze sind richtig. Nichts ist, daß seit Jahren die organisierte Bergarbeiterschaft um die Einführung der Grubenkontrollen um die Einführung der Grubenkontrollen gekämpft hat. Seit dem Jahre 1905 fand diese Forderung an der Spitze der Forderungen des Berg-

Halle und Saalkreis

Der erste Tag muß blutig sein

Das war die Parole, die Oberpräsident Köhning den Truppen auf dem Weg gab, die im März 1921 in Mitteldeutschland einzogen und auf die Arbeiterhaft losgelassen wurden. Sie zogen ein unter dem Befehl des monarchistischen Generals Maffei, dessen Generalstab die unterständlichen Besätze Mitteldeutschlands nach seinem Tode in hohe Kabinette nachgelassen haben. Herr Köhning, Sozialdemokrat und Reichsbannerführer, hatte den monarchistischen General gegen die Verdrängung des mitteldeutschen Prätorians. Für alle kennen die heldenhafte Kämpfe der mitteldeutschen Arbeiterhaft, wir wissen, daß heute noch Opfer der Köhning-Truppen im Zuchthaus sitzen.

Und nun kommt wieder heute Herr Köhning nach Halle, um im Wintergarten gegen die Monarchisten und die monarchistische Parteiführung zu sprechen. Wir haben an anderer Stelle unseres Blattes kurz dargelegt, wie gut Herr Köhning sich heute mit Monarchisten wie Hindenburg und Duestenberg verhält. Hier soll auf seine Vergangenheit kurz eingegangen werden.

Mit fröhlicher Begeisterung die Aufständischen zerreiben

Am 30. März 1921 ließ Herr Köhning Schussbeschießungen gegen die revolutionären Kämpfer ein. An demselben Tage erließ Herr Köhning an seine eigenen Soldatentruppen folgenden Befehl:

„Nach Niederwerfung des Aufstandes und der gefestigten Abriegelung der aufständischen Operationsbasis, des Leuzna-



Gustav Raupe
 „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Der ehemalige Königlich dawensische Unteroffizier in seiner Eigenschaft als Minister der demokratischen Republik Dawensin. Das hat die Welt noch nicht gesehen. Jeder muß sich von den fabelhaften Fähigkeiten des Ministers Raupe überzeugen. Gustav regiert, isoliert Soldat, tanzt Ringelreihen und hält bis zum Schluß sein farbenwechselndes Banner hoch. Ob das, was der Minister Raupe in Dawensin fertigbrachte, auch in Deutschland möglich wäre, darüber soll ein jeder nachdenken, der „Die Schwebelöhne“ gelesen hat. Erstaufführung am Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr im „Volkspark“.

Wortes, spreche ich zugleich im Namen des Herrn Ministers des Innern Köhning und allen Polizeibeamten meinen verbindlichen Dank und meine vollste Anerkennung aus. Dieser zehnte Erfolg ist der umsichtigen, energiegelichen Führung ebenso zu danken wie der auferstehenden Tapferkeit der Volkstruppen selbst, die trotz der außerordentlichen Widrigkeiten mit fröhlicher Begeisterung die Aufständischen angriffen und zerrieben. Diese Leistung ist um so höher anzuschätzen, als der Gegner numerisch härter und technisch besser (1.2.3.4.5.6.) ausgerüstet war. Dem Major Holte und dem ihm unterstellten Truppe, die vom ersten Tage an den Anführer im Aufstandesgebiet mit Erfolg aufsuchte, diene ich, noch meine besondere Anerkennung auszusprechen. Die Namen der Gefallenen und deren Familienangehörigen sind mit möglichst umgehend zu melden, um den Hinterbliebenen und Verwandten meine Teilnahme unmittelbar übermitteln zu können.

des Köhning, Regierungskommissar.

Revolutionäre Arbeiter sind Verbrecher

„Mitte Streiks, Raub und Hinberanzen durch bewaffnete Handen, Terror, Sachbeschädigungen, Erschaffungen und Körperverletzungen haben sich in der letzten Zeit abgelehrt. Der mittels dieser Mittel immer als Druckmittel benutzt. Er schließt Verbrecher oder Art, hielt sie im Verborgenen und sieht auf diese Weise direkte Verbrecher heran.“

Gefährdend werden in den Versämlungen während der Arbeitszeit abgehalten und sofort gestreift und der zollte Terror ausgeübt, wenn der Unternehmer für die Versämlungen seinen Lohn nicht zahlen will. Die und zahlreihe andere an Wahlfürn grenzende Taten werden dadurch gefordert, daß nun die gefährlich von der Arbeiterhaft gewählten Betriebsräte, die gegen dieses Treiben Stellung nehmen, abest und durch sogenannte Aktionsausschüsse ersetzt. Im Interesse der Arbeiter, der Landwirte, der Industrie, des Handels und des Gemeinwes habe ich beschlossen, daß in den nächsten Tagen harte Volkseisstrafe nach diesen Taten des Industriegebietes gelegt werden. Die Polizei wird mit bewiesenen Warten fertigstellen, wie gegen die Verbrecher selbst, auch denen gegenübertreten, die sie in Ausübung ihrer Pflicht hindern oder ihr offen entgegenzutreten, oder durch Aufhebung der Bevölkerung, lei es in Wort und Schrift, die Aufgabe ihrer unmöglich machen.“ Köhning.

Daß alle diese Behauptungen des Herrn Köhning zum „Verbrechertum“ führen, wird, beweist der Ausdruck seines Innenministers und sozialdemokratischen Parteigenossen Seeberg, der feststellt: „Ganz durch Entsetzung von Schuppolitz nach Mitteldeutschland kam der Stein ins Rollen.“

Herr Köhning war es auch, der immer wieder den „Klassenkampf“ verbot, einmal mit der Begründung, der „Klassenkampf“ schreie immer „hart an der Grenze des Erlaubten“.

Auf Herrn Köhning's Konto kommt nicht nur jener erste blutige Tag, sondern alle folgenden. Auch die Skatulle der Monarchisten Völkler geschah in Köhning's Reich. Herr Köhning bestätigte sie.

Bei der vorigen öffentlichen Versämlungen der SPD, wüde durch das Benehmen der „Volkspartei“-Reaktion der „Volkspartei“ einhde wieder in ein Heerlager der Schupo umgewandelt werden. Diesmal geht man nicht in das Heim der Arbeiterhaft, sondern hält die Versämlungen im Wintergarten ab. Und das Heerlager wird wohl kaum ausbleiben.

Soziales Blöten im Stadtparlament

Halle, 17. November.

Es ist seitens einmal kurz vor Weihnachten und zweitens kurz vor der Wahl. Da hört man wieder im Stadtparlament über nichts als Lohn und Speer für die händlichen Arbeiter übrig haben. Sie haben zwar jetzt auch nichts für sie übrig, aber sie tun wenigstens so, weil ihnen sonst gar zu schnell die Stelle weggenommen würden. Die Berliner Stadterordnetenwahl war für sie das böse Omen, welches ihnen zeigte, daß ihre Macht nicht von Dauer bleiben wird und schneller zusammenfallen kann, wie sie es sich noch vor ganz kurzer Zeit träumen ließen. So ergrünte denn der Vertreter der Demokraten, Herr Körner, die Situation und stellte einen Antrag, der 100 Mark Beihilfe für die händlichen Beamten vorschlägt und für die händlichen Arbeiter zwei Wochenlöhne. Daß dies der etwas ungeschickte Antrag der kommunistischen Fraktion war, den man zwar ablehnen aber auch hängen konnte, berührte das parlamentarische Gehörgeläuter wenig, die sich als Schwanz an den Ordnungsbüchel geklemmt haben. Und schon bei der Beratung des Ordnungsbüchels liegen sich auf den aus ihrer Fraktion heraus gestellten Antrag nicht ein, und stimmten selbst dagegen. Denn, nicht wahr, der Ordnungsbüchel ist doch nach seiner Auffassung eine Fraktion, ein einheitliches Gebilde? Er hält aber nur solange fest zusammen, wie es die gemeinsamen Interessen erfordern, um sich bei einer schwierigen Frage sofort in Wohlgefallen aufzulösen. Und der Antrag des Herrn Körner hätte den Deutschenationalen wahrhaftig nicht den Kopf geplatzt. Aber sie wissen wahrscheinlich, daß sie schon so erklart sind mit ihrer Art sozialer Schwelmpolitik, daß ihnen auch die Annahme des Ministerialantrags keinen Glorienkranz mehr um das Haupt gemunden hätte.

Und doch war der Antrag für sie so bequem geschliffen. Noch bemerkte für den Magistrat. Denn er enthielt eine Bitte erfüllt, durch die der Magistrat schlüssiger konnte und den auf Auszahlung von 100 Mark monatlichen Beamten und Arbeitern eine lange Note machen kann. Es wird nämlich darin gesagt: „Wenn der Magistrat aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage ist, das Geld auszusahlen, dann ...“ So irgendeinem Grunde wird der Magistrat haufenweise finden. Das praktische Ergebnis des Antrages wird gleich null sein.

Wenn die kommunistische Fraktion trotzdem für diesen Antrag gestimmt hat, so darum, weil ihr Antrag, der seit unrisen war und keine Hintertüren offen ließ, in seinen positiven Forderungen für Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe aber von den Demokraten übernommen war, von Bürgerblock unter Einschluss der Demokraten geschlossenen niedergelegt wurde. Die SPD. würde sich für den kommunistischen Antrag mit einsehen, aber die Gesamtstimmenschaft unterlag gegenüber dem Ordnungsbüchel und den Völklingen, die einen komplizierten Antrag eingebracht hatten, der weiter nichts als ein — schlecht zusammengefügter — Bluff war. Dabei war es sehr komisch, die Verhandlung der wirtschaftlichen Forderungen in der Frage überhaupt feststellen zu können. Zuerst waren sie für „etwas“ nicht zu haben. Nachdem ihnen dann der Beamtenauschuss (sogar nicht sehr unzufrieden) auf die Hühneraugen getreten war, forderten sie auch Beihilfen, die auch von ihren schwarzweißen deutschenationalen Brüdern abgelehnt wurden.

Es ist nötig, kurz die Rolle der SPD. zu diesem Punkte aufzuzeigen. Die SPD. hatte einen Antrag gebracht, der mit Recht völlig inhaftig genannt wurde. Er forderte für die Beamten ein halbes Monatsgehalt, für die Arbeiter zwei Wochenlöhne. Daß da bei den Beamten teilweise bis zu 400 Mark herauskam, bei den Arbeitern im Höchstfalle 80, scherte die Sozialdemokraten wenig. Herr Schaumburg ließ es sich jedoch nicht nehmen, ein ellenlanges Referat zu halten, das auf die diesmal zahlreich erschienenen Tribünenbesucher berechnet war, und die Siege der SPD. zum Thema hatte. Aber Herr Schaumburg erwiderte mit seinem Wort, was denn man eigentlich die SPD. im händlichen Stadtparlament erreicht hätte, sondern erzählte stundenlange Geschichten von der Reichs- und Landespolitik. Herr Höe, der diesmal den Vorsitz führte, ließ ihn reden. Das Gesprächsbedriebe ihn auch ein demokratisches Jettfetz. Aber als unter Genosse Hartzel nahher auf eine formale Sache Bezug nahm, die damit in Zusammenhang stand, mußte er mit dem Vorliegenden einen langen Kampf ausfechten, da ihm dieser doch absolut keine Sprecheraubnis erteilen wollte.

Was war das stärkste Argument der kommunistischen Fraktion gegenüber all den Wirralen der Bereitwilligkeit? 17 Mandatsheine von händlichen Arbeitern, die ihre notwendigen Arbeitsgehälter haben verlieren müssen, um Brot zu haben. Diese Mandatsheine sind das Symbol dieses Winters. Sie werden es bleiben, wenn die arbeitertiefende Politik des Ordnungsbüchels ungeändert ihren Fortgang nehmen kann, wenn es gelingen kann, daß Bürgermeier nicht wegen der Not, sondern wegen der Repräsentation Tausende an den Hals gemorren bekommen.

Ihn zu erschüttern ist auch Aufgabe des 29. November, an dem das Provinzparlament gewählt wird, in dem die kommunalen Fragen die Hauptpläne ausmachen. Wir brauchen ein rotes Provinzparlament. Bekommen wir es nicht, so liegt es daran, daß die SPD. unter Vorkriegsverbindungsantrieb abgelehnt hat. Nehlen doch in diesem Provinzialauschuss nur ganz wenige Stimmen an der Mehrheit von SPD. und SPD.

Händliche Arbeiter, Beamte und Angestellte, entscheidet Euch am 29. November für die Hilfe der Kommunisten!

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Herr Höe bekannt, daß die Wahl des Vorstandes zum Alters- und Pflegeheim irrtümlich von der Stadterordnetenversammlung vorgenommen worden wäre, daß aber nur die Armenverwaltung das Recht dazu habe. Die Armenverwaltung hat gewährt, und zwar wählte sie den Genossen Weber heraus, um ihn durch den Vorkrieglichen Wähler zu ersetzen. Wieder ein kleines, aber doch so bezeichnendes Beispiel dafür, daß die Leute vom Ordnungsbüchel, wo es nur irgend geht, den Vertretern der Arbeiterhaft Rechte entziehen, und gerade in einem Fall, wo es sich um die Ärmten der Armen handelt.

Punkt 1: Forderung des öffentlichen Bebauungsplanes wird angenommen. Auch dem zweiten Punkt, der Umgestaltung des Güterverkehrs Einzug wird zugestimmt. Die Arbeiter werden alle Arbeitsbeschäftigung ausgeführt. Die hierzu notwendigen Arbeiten bestehen aus Erd- und Gartenarbeiten, so daß auch erwerbsfähige Unterhaltungsbeschäftigung hierbei beschäftigt werden können. Unsere Genossen verlangen dazu, daß die Arbeiten im Tariflohn bezahlt

werden. Auf eine diesbezügliche Anfrage antwortet Herr Zellhuden als Magistratsvertreter lakonisch und mysteriös, daß Tariflohn Gesetz ist.

Zu Punkt 3 wird der Antrag der kommunistischen Fraktion über den sofortigen Ausbau der Straßen Baumweg, um grünen Feins, Blütenweg und Hafnenweg behandelt. Der Berichterstatter lehnt die von dem Magistrat ab. Der Antrag wird vom Ordnungsbüchel einstimmlich für die SPD. abgelehnt mit der Begründung, man wolle mit dem Ausbau marieren, bis der hintere Teil der Strand bebaut ist, so daß die Vorkriegsarbeiten nicht immer wieder die Wäflerung beschädigen. Genosse Freund weist darauf hin, daß die Ausbauarbeit unbedingt notwendig ist, weil dort Arbeitsplätze möglich sind, die in dem Moment hinfallen und für die Arbeiter beschaffen. Der kommunistische Antrag war so formuliert, daß fordert wird, die Arbeiten in eigener Regie auszuführen. Herr Pfeiffer, der Bauunternehmer, wachte sich, im Namen seiner Freunde“ dagegen, lang ein Loblied auf die Unternehmer und verdammte die eigene Regie in Grund und Boden. Genosse Freund kennzeichnet diesen Vorkriegsplaner, deutlich für die SPD. und bewies das durch die Wäflerung der Deutzer Straße, wo alles schon wieder in Unordnung ist.

Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag getrennt, und es zeigte sich, daß die SPD. den ersten Teil der Bebauung ablehnte, nur für die eigene Regie zur Ausführung glieber Bauarbeiten eintrat. Diese ungeriffte Stellungnahme glieber Herr Höe, der Sozialdemokrat, ergründete, er mühte sich, und Herr Dürffel erwiderte sich dann als guter Nachbeter des demokratischen Einheitsheeres.

Wirtschaftsbeihilfe oder Bluff?

Hierauf tritt die Vermählung in die Beratung des vierten, wichtigsten Tagesordnungspunktes ein. Es soll nun erwiesen, ob diejenigen Stadterordneten, die sehr bereit waren, dem Magistrat und seinen Beamten, etwas zu tun, was er zu erwarten war, das Gegenteil erwies. Schon der Berichterstatter für den Haushaltsauschuss, Rektor Spielert (deutschnational) lehnte eine Gegenüberstellung der Magistratsgehälter und der Arbeiterforderungen rundweg ab. Er gab zu, daß die Erhöhung der Magistratsgehälter nicht am Lohn der Arbeiter gemessen werden könne, er wolle in anderen Städten doppelt so hohe Gehälter an Bürgermeister usw. gezahlt werden. Die Erhöhung geschähe also aus Repräsentationsgründen. Rektor Spielert wies weiter darauf hin, daß bei einer eventuellen Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten, die Völk- und Mittelklasseherren (also gerade die, die es so gern als Lohn brauchen) eine Ausnahme gemessen werden würde. Er fügte hinzu, weil sie keine händlichen, sondern Staatsangehörigen seien. Die Vorkühforderung, wie sie von den Völklingen in einem ersten Antrag erhoben und auch im Haushaltsauschuss erörtert wurde, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Beamten in Schulden für den Lohn der Arbeiter, die im Haushaltsauschuss habe der 1. Arbeit des sozialdemokratischen Antrages, der ein halbes Monatsgehalt für die Beamten fordere, Ausnahme gelobde, der 2. Arbeit, der zwei Wochenlöhne für die Arbeiter fordere, sei abgelehnt worden. Bei Begründung hätte man u. a. angeführt, daß dann

auch die Arbeiter der Industrie Forderungen gestellt hätten. Alle Anträge der SPD. auf die Haushaltsauschuss abgelehnt. Rektor Spielert weist darauf hin, daß die Lohn- und Gehaltsregelung auf so niedriger Grundlance nicht mehr lange weitergehen könne, da sonst die Kaufkraft der Wälen immer mehr erlahme und der innere Markt erschrockt wird. Man müßte dann die Möglichkeit am Lohn der Arbeiter, die im Haushaltsauschuss habe der 1. Arbeit erwirken. Diese Ansicht teilte Herr Spielert natürlich nicht feinent weiter, denn bei der Abstimmung stimmt er gegen den Antrag der kommunistischen Fraktion, die eine Vorkühforderung von 10 Pf. für die händlichen Arbeiter fordert.

Minister (Demokrat) hat einen Antrag eingebracht, der allen Beamten, Angestellten, Lehrern, Beamten, die eine Vorkühforderung empfangen eine Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mt. gewährt für die händlichen Arbeiter zwei Wochenlöhne fordert. (Kurz bei den Kommunisten: Das ist ja unter Antrag). Der Antrag aber lehnt: Falls der Magistrat aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage ist, diese Auszahlung durchzuführen, soll der für Unterhaltungen dorgelegten Fonds um 100 Mt. erhöht werden, damit ein händlicher Arbeiter und Beamtenfamilien auf Antrag eine Unterhaltung ausgezahlt werden kann. Minister hält den sozialdemokratischen Antrag, der für Beamte ein halbes Monatsgehalt fordert, für unloyal. Weiter führt er aus, daß der Beamtenlohn mit Vorkühf und Darlehen nicht gelohnt ist.

Und ein (bühlich) spricht lange über den vorhandenen Rückstand der Beamten. Er spricht zu dem neu eingebrachten Antrag seiner Fraktion, der zwar den Angehörigen 150 Mt. Wirtschaftsbeihilfe geben will, für die Arbeiter aber nichts übrig hat.

Darauf folgt eine Rede von Schaumburg (SPD.), in der er auf die Finanzpolitik der Luther-Regierung und die beamtenteilenden Beschlüsse hinweist. So gibt er z. B. bekannt, daß man zwar den Beamtengruppen 1 bis 4 12½ Prozent Gehalts-erhöhung gefordert habe, dafür aber die Dringlichkeit bestritten worden sei. Herr Höe, der als wirksame Reaktion darauf die Arbeiterbegehrende (Jury der Kommunisten, Herr Dames ist der wirkliche Regent). Schaumburg fordert, daß über den sozialdemokratischen Antrag nicht getrennt abgestimmt werde, wie dies im Haushaltsauschuss geschah.

Was verlangen die Kommunisten?

Nach ihm ergriff Genosse Hartzel das Wort. Er weist auf den großen Raubzug gegen die Arbeiter, die Inflation hin, um man den Arbeitern Hungerlöhne zugedacht habe, und wendet sich dagegen, daß die Erhöhung der Magistratsgehälter den Arbeitern löhnen nicht gegenübergestellt werden soll.

Der Stundenlohn von 58 Pf., der kurz nach der Inflation bewilligt worden sei, ist um 17 Pf. auf 41 Pf. gekürzt worden. Niemand denkt daran, diese Löhne zu erhöhen.

Meine Herren vom Ordnungsbüchel. Sie treffen ja heute noch Wohlwollen, obgleich Sie in vertriebenen Abstimmungen im Haushaltsauschuss dieses Wohlwollen nicht zum Ausdruck brachten. Der Antrag der Demokraten ist der Antrag der kommunistischen Fraktion.

Wenn Sie wirklich die Notlage der händlichen Arbeiter kennen lernen wollen, müssen Sie einmal nach dem Standes gehen, um so sehen, wie die Arbeiter dort ihre Wäfler, ihre Schuhe, ihre Anwerker verlieren müssen.

Darunter sind Arbeiter, die 15 Jahre bei der Stadt beschäftigt sind. Die Wäfler sind hier 17 Mandatsheine. Die Wäfler sind in der Straßen, wo die händlichen Arbeiter mochten und sehen Sie sich das Geld an, denn Sie sich ihren Begriff machen können. Die Straßenreinigungslohn hat man ja jetzt mit Wäfler und Wäfler ausgestattet, aber darunter haben sie nichts Barmes an dem, daß die Erhöhung der Magistratsgehälter über die SPD. der letzten Regierung befragt, so muß ihm gelagt werden, daß ja auch seine Partei gemeinsam mit den Schatzmeistern für die Annahme des Dames-Votus eingetreten ist. Nun scheint die Dollartonne nicht mehr und die Wäfler sind zerstückt. Zu den Wäflern ist zu sagen, daß sie richtig für die Beamten und nicht für die Arbeiter sind. Sie müssen einmal bei ihren „Kameraden“ auf der Straßenbahn erfragen, was diese ganz sagen, wenn sie von ihren Stahlfreunden so behandelt werden. Sie sehen jetzt, daß keine Beirpredigten eingeleitet werden. Mit einem i

Arbeiter! Führt den Boykott gegen die C.T. und Ufa-Dichtspiele durch!

demagogischen Antrag wo ihn die Wähler eingeschrieben haben, werden sie nicht mehr erledigen.
Hier gehen auf dem Standpunkt, daß es ungerecht ist, was die SPD. in ihrem Antrag verlangt. Der beste Antrag ist der der Kommunisten, weil er sowohl den Arbeitern als auch den Angehörigen und Beamten die gleiche Summe autonomien laien will. Was die ersten Wähler dieses Antrages betrifft, der Verbesserung fordert, so wollen wir, daß der Kommunistenbündel dieser Verbesserung nicht zustimmen wird, denn er hat sich immer als Genosse in Fragen für die Arbeiter bewiesen und sich gerade im Gegenteil von dem ausgewirkt, was er eigentlich hätte sein sollen. Trotz dem steht fest, daß verschiedene Städte über den Rahmen des Landes hinausgehenden sind. Die SPD. hat 1 Prozent und die Wähler 10 Prozent. Als Genosse fährt auf die Frage der Übergabe für fähige Arbeiter zu sprechen kommen will, verlangt der Vorleser, daß zu diesem Punkt nicht gesprochen wird, dies gehört nicht hierher. Genosse fährt rüd noch einmal die Stellungnahme der Wähler in diese Richtung und entwirrt die unumkehrliche Art ihrer Politik, worauf er von Herrn von Ordnung gerufen wird. Die kommunistische Forderung verlangt Zustimmung zu ihren Anträgen.

In der Diskussion verlangt Wille (SPD.), daß auch die Volks- und Mittelschichten unter die Beifriedenmpfänger fallen und beweis, daß diese keine staatlichen Angehörigen im mittelbaren Sinne sind.

Stadtparlamentarische Bestimmung gibt als Stellungnahme des Magistrats bekannt, daß eine Beschlusse auszusprechen abgelehnt werden müsse, daß der Magistrat, aber der Erhöhung der Unterhaltungsgebühren betreten werde.

Hierauf bringt Schmidt von der Deutschvölkischen Freiheitspartei die Erklärung zum Ausdruck, was er begehrt. Er begehrt, daß längere Zeit mit dem Magistrat der Wähler die Verhandlungen zu haben, und dieser hätte seinen Antrag für den besten erklärt. (Zuruf: „Schmidt!“) (Es hat sich auch tatsächlich herausgestellt, daß diese Behauptung des Herrn Schmidt nicht stimmt. S. We.)

Die Abstimmung

Zur Abstimmung wird von der kommunistischen Faktion für Absatz 3 des kommunistischen Antrages namentlich die Zustimmung verlangt. Alle Mitglieder des Ordnungsausschusses, Wählerische und Hausbesitzer stimmen gegen den Antrag der SPD. auf Lohn- und Gehaltserhöhung und um Wählerische Bestimmung von 100 Mark für jeden fähigen Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Mitglieder der kommunistischen und sozialdemokratischen Faktionen stimmen dafür. Der Antrag ist abgelehnt. In derselben Weise wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Endlich wird der Antrag Wimmer mit 29 gegen 25 Stimmen angenommen. Damit ist verbunden, daß der Dispositionsfonds für Unterhaltungen um 150.000 Mark erhöht wird. Der völkische Antrag wird gegen die Stimmen der Wählerischen abgelehnt.

Es wird noch in einer Beratung über die Bewilligung von 2000 Mark für die Arbeiter-Sportartell einmündigen, die damit endet, daß die Bewilligung abgelehnt wird. Am SPD. und SPD-Fraktion setzen sich dafür ein. Insofern ist übrigens, daß von Herrn Stadtrat Koch in diesem Zusammenhang erklärt wird: „Sich einig mit Sport.“

Ein SPD-Antrag über Erhöhung einer fähigen Willkühr wird an die Ausschüsse verwiesen.
Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Zu dem am Mittwoch (Vortrag), den 18. November, abends 7 1/2 Uhr im Saale des „Volkspart“ stattfindenden öffentlichen Vortrag: „Der Mensch in der Wirtschaft“, gehalten von Herrn R. Raabe (Leipzig) sind die Eintrittskarten à 40 Pfennig im Bureau des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Platz 42/44, Zimmer 29, abzuholen. Das Gewerkschaftsmitglied.

* Mittwoch 14. Heute abend 8 Uhr findet bei den Söhnen. Unterberg, 14. Unterbergstraße statt. Alle Parteigenossen und -genossen haben die Pflicht, zu dieser wichtigen Sitzung zu erscheinen.

* Mittwoch 21. Heute abend 8 Uhr im Lokal Schmidt wichtige Funktionärsitzung. Wir verpflichten alle Funktionäre, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

* Emeritische Parteigenossen Halle: Die emeritischen Genossen wollen sich im Laufe des Donnerstag und Freitag jeweils wichtige Besprechung im Ortsbureau, bei dem Genossen Bärkel, melden.

* Achtung Unruh, Insassen und Sozialisten! Wegen des Auftrags findet der Redaktionsrat der Zentralrat der Arbeitervereine erst am Donnerstag vormittags von 9 Uhr bis mittags 2 Uhr in unserer Geschäftsstelle, Charlottenstraße, Zimmer Nr. 3, statt. Ausstufung und Anweisung von Schriftführern erfolgt sofort.

* Proletarische Tribunale. Sämtliche Mitglieder der Vereinigung und Mitarbeiter in „Die Schweißblüte“ müssen sich unbedingt am Mittwoch (Vortrag), mittags pünktlich um 1 1/4 Uhr, im „Volkspart“ (Heinrich Saal) zur Wählerprobe einfinden. Donnerstag, abend 8 Uhr, ebenfalls Heide. Am Freitag müssen alle Mitarbeiter spätestens um 6 Uhr im „Volkspart“ sein. Pünktliches Erscheinen an diesen drei Tagen ist Pflicht.

Neue Arbeiter-Literatur

Wie lebt die Arbeiterjugend in Sowjet-Rußland?

Die Wauern, die eine verzogene Pflanze um Sowjet-Rußland errichtet hat, fallen. In der Arbeiterstadt aller Länder ist eine breite Sympathiebewegung für die Sowjetunion, dem ersten proletarischen Staat der Welt, entstanden. Die Arbeiterdelegationen legen berechtigtes Zeugnis ab für die gewaltige Aufbaubarkeit, die in Sowjet-Rußland geleistet worden ist.

Da erscheint jetzt im rechten Augenblick im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg, ein Brochüre: „Die Arbeiterjugend in Sowjet-Rußland“, die sich speziell mit der Arbeit der kommunistischen Jugendverbände um die Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend in Sowjet-Rußland befaßt.

Das kleine Büchlein gibt einen Ausblick auf die großen Verdienste des Sozialismus. Es zeigt dem jungen Arbeiter in dem sozialistischen Ländern, was die russische Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die Jugend getan hat.

Die jungen Arbeiter in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen, die vom „neuen sozialistischen Weltanschauung“ träumen, aber aus ihrer Gemeinlichkeit hervorgehen werden, sollen sich dieses Büchlein sozialistischer Weltanschauung betrachten. Sie sollen sich überlegen: Welche gewaltigen Errungenschaften der Arbeiterjugend in Sowjet-Rußland sind geschaffen unter der Diktatur des Proletariats, sind sie möglich unter der Herrschaft des Kapitalismus?

Dieses Buch beschäftigt nicht. Unsere russischen Genossen wissen: Das ist noch nicht unser Ziel, das muß und wird es allen noch viel besser werden. Aber das sind nach 40 Jahren Revolution erst die Ergebnisse dieser Jahre fähiger Aufbaubarkeit.

Tragt dieses Buch zu den sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen. Sie sollen sich über die jetzt nach Rußland gehenden Jugenddelegationen bei ihrer Rückkehr Auskunft geben lassen, ob die in dem Buch enthaltenen Angaben stimmen. Und

Wannendort

Revolutionärer Arbeiter. In zwei überfüllten Lokalen beging die Wannendort Arbeiterpartei am Sonntag, den 14. November, ihre Schenkfeier der russischen Revolution. Auf beiden Sälen sprach der Genosse Wesseler über die Grundlagen und Bedeutung der russischen Revolution. Die 1. und 2. Jung-Partei, Dramatische Abteilung mit ihrer Kapelle, sowie die Musikkapelle Dürrenberg des APS, hatten reichlich um guten Willigen der Veranstaltung beigetragen. Überall trat der Wunsch zutage, sich mit allen Kräften für die Erhaltung der Arbeiterorganisationen einzusetzen, zum Trotz gegen das Schicksalsschicksal des hiesigen Ordnungsausschusses. Die Antwort werden sie erhalten am Freitag, den 20. November, in den Wahlberatungen. Auf in den Kampf, das war die Lösung.

Nietleben

Rußland-Bericht. Donnerstag abend 8 Uhr findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Rußland-Delegationen berichten wird. Alle Einwohner sind zu dieser Versammlung eingeladen. Vor allem aber ist es Pflicht der organisierten Arbeiterpartei, zu erscheinen.

Achtung! Funktionäre der für die öffentlichen Betriebe und Gewerkschaften in Frage kommenden Verbände!

Mittwoch, vormittags 10 Uhr, wichtige Tagung im „Volkspart“.
Thema: Warum Parteiführung und warum Schaffung einer Einheitsorganisation für die Beschäftigten in öffentlichen Betrieben und Gewerkschaften?

Referent: Kollege Becker, Berlin.

Alle in Frage kommenden Parteigenossen müssen an dieser wichtigen, im Sinne der Einheitsorganisationen vorwärts führenden Tagung teilnehmen.

Letzin

Wahlversammlung der Ordnungsbüder. Am Sonntagabend fand hier im Lande der abendlichen Knotenbrecher die erste Wählerversammlung der sogenannten Keimzelle des Ordnungsausschusses unter dem Vorsitz der Frau Jungermann. Um die „rote Welt“ in Letzin einzugliedern, hatte man sich bei den Kommunisten und Sozialdemokraten um Unterstützung bemüht. Der Vorsitzende leitete da süßliche Gebet über die Jugendherkunft und den dreimal verfaßten Sozialismus herunter und fiel schon beim ersten Jugendrat darauf ab, daß er zu unzulässigen Weisungen der Parteiführung übergegangen ist, so daß der Rest der Ordnung nicht ohne eigenen Bestimmung für die Ordnung gegeben wurde, berichte hatte sich jedoch zur Ordnung, gerade, daß er gegen einen Verfassungsbescheid, der ihn auf seinen ungesetzlichen Amtsantritt aufmerksamen machen wollte, zu Zäufelungen überging. Und das nennt sich Ordnungsbüder. Nachdem sich dieser Antrag ausgesetzt hatte, gestattete man unteren Genossen gültig 10 Minuten Redezeit. Hier Genosse bewies ihm dann in fähiger Weise, wie die Keimzelle der Ordnung im Sozialismus aussieht, daß speziell deutsche nationale Ordnungsbüder im Sozialismus zu verdrängen, die Ordnung ist zu haben, daß es das Geld der neuen Sozialistenpartei an Sozialistischer verdrängt haben und nach professioneller Auslage eines Sozialistischer Gelder der Ordnung bilden. Der neue Fall Büchler, den ein Ordnungsbüder vom reinen Wasser, Reaktionär und durch begangen hat, wurde von unteren Genossen genügend schickert. Auf dem Referent die Antwort laubig. Auf eines wollen wir hinweisen:

Die Arbeiterpartei von Letzin hat in der Hand, am 20. November diesen Leuten die Ordnung beizubringen, indem sie geschlossen für die kommunistische Welt stimmt!

Dölsau

Die Gemeindevertreterversammlung trifft sich Mittwoch pünktlich 3 Uhr nachmittags.

Brudorf

Ein neuer Baustein für die rote Hilfe! Der Theaterverband „Freie Bühne“ Brudorf, Mitglied des Arbeiter-Theaterbundes, beschloß in seiner letzten Besprechung sich korporativ der roten Hilfe mit einem Monatsbeitrag von 3 Mt. anzuschließen. Durch einen Solidaritätsakt eines Mitgliedes wurden 2,80 Mt. an die rote Hilfe abgeliefert. Beim öffentlichen Tanz zur Mikrofoner wurde ebenfalls 3,75 Mt. für die rote Hilfe gesammelt. Zu bemerken ist noch, daß der Arbeiter-Adressenregister schon über ein Jahr keine Pflicht der roten Hilfe gegenüber erfüllt, dadurch, daß jedes einzelne Mitglied der roten Hilfe ist. Diese Beschlüsse müssen sich die Arbeiter-Organisationen zur Richtschnur nehmen.

Dieslau

Funktionärsitzung. Die für Donnerstag, den 19. November, angesetzte Funktionärsitzung der Gemeindefunktionäre des Amtsbezirks Dieslau kann klimatische haben nicht stattfinden. Die Sitzung wird noch befristungsge.

* Druckfehlerberichtigung. In unserer Sonabendnummer wurde bekanntgemacht, daß die Erläuterung der „Schweißblüte“ durch die Proletarische Tribune am Freitag, den 27. November, erfolgen wird. Es handelt sich hier um einen Druckfehler. Die Erläuterung für Halle erfolgt bestimmt kommenden Freitag, den 20. November, im großen Saal des „Volkspart“. Alles Nähere ist ab morgen an den Materialbüden zu erfahren.

wenn sie ein „Ja“ zur Antwort bekommen, dann kann ihnen der Schritt in die Reihen des revolutionären Unproletariats nicht mehr schwer fallen. Dann werden auch sie Kämpfer gegen Locarno, für Sowjet-Rußland, werden.

Theater und Konzerte

3. Sinfonietag im Stadttheater

Leitung: Erich Sand
Aus drei Erstausführungen bestand das Programm: Julius Weismann, der uns besonders durch seine letzte Komposition der Oper „Schwanenweiß“ noch in Erinnerung liegt, hat eine Arie für die Arbeiter gefolgt, die, wie alle seine Kompositionen, ihre Eigenart besitzt. Während wir den ersten zwei Sätzen folgen konnten, war das beim dritten nicht mit gutem Erfolg. Wir begrüßen die gedruckte Blagowidner über den Schöpfer. Die Erläuterung für Halle erfolgt bestimmt kommenden Freitag, den 20. November, im großen Saal des „Volkspart“. Alles Nähere ist ab morgen an den Materialbüden zu erfahren.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportartell Halle

Freitag, Dienstag, abend 8 Uhr, Aufführung im „Volkspart“ (Wittmann) des Schichters der Reichs- und Wählerische Tagesordnung: 1. Bericht der Arbeitsgemeinschaft; 2. Bericht der Deputation; 3. Abrechnung Werbung; 4. Bericht der 3. Sitzung; 5. Berichtigungen. Der Vorstand: J. H. Otto Gurlich.

Am den gelesenen 6. Feiertag!

Am Mittwoch, den 18. November, beschloß ab 12 Uhr im großen Saal des Volkspart.

Turn- und Sportverein Wörmlich-Wöllberg

Sonntag, den 23. November, im Saal des Wörmlich-Wöllberg Wähler-Schulturnen

Eintritt 7 Uhr. Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart. Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart. Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Alle Parteigenossen zum Sonntagsfest am Sonntag, den 23. November, abend 8 Uhr, im großen Saal des Volkspart.

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der SPD. /

Verwaltung: Internationales Verlagshaus GmbH, Berlin SW 61, Blauer 17

Die Arbeiterkonsumvereine im Kampf gegen die Steuerung.

Von Otto Schröder.

Das Geld über die „Preisabgabe“-Aktion beginnt langsam immer mehr zu verkommen. Die Arbeiterkonsumvereine haben aber Interesse daran, sich aus der Schlinge der „Preisabgabe“ zu ziehen. Nachdem die Industrie und Großhandel die Steuerung und neuen Verbrauchssteuern durch die Arbeit der Arbeiterkonsumvereine ins Zuden gebracht hatten und damit den Anstoß zu einer neuen wachsenden Steuerung geben, begann das große ideelle Geld über die „Preisabgabe“. Nachdem in von allen Seiten das offene Mandat der „Preisabgabe“ der Arbeiterkonsumvereine zugeordnet worden. Das Mandat der Arbeiterkonsumvereine ging nur dahin, durch das Geld über den bevorstehenden „Preisabgabe“ die Arbeiterkonsumvereine von dem notwendigen Kampf um Lohnsteigerung abzuhalten und die Schuld der wachsenden Preispolitik von den wachsenden Steuerungskosten der Kartelle und dem Großhandel, auf die Kleinhandlender und Konsumvereine zu verlagern. Schließlich hat die Arbeiterkonsumvereine nicht anders geurteilt, als eine Maßnahme gegen die Kleinhandlender durch Preiskontrollen auszuüben und einen „Kampf“ gegen die Kartelle durch Preissteigerung vorzunehmen. Was den wachsenden Kartellen gegen die Arbeiterkonsumvereine blasse bei dem Korrespondenz erhoben hat, sind zum größten Teil Konsumvereine im Sinne einer Reihe Klagen hat die Arbeiterkonsumvereine sofort wieder zurückgezogen. Den Industrielassen hat die Arbeiterkonsumvereine durchgesetzt, daß künstliche Maßnahmen nur noch mit der mehrheitlichen Zustimmung der Industrie gemeinsam unternommen werden sollen.

Die Gewerkschaften und Genossenschaften haben im Kampf gegen die Steuerung die wichtigsten Aufgaben. Die Arbeiterkonsumvereine haben schon häufig durch ihre Preispolitik versucht, der Arbeiterarbeit die Waren billiger als der gewöhnlichen Handel abzugeben. Jetzt ist selbst vom amtlichen Statistischen Amt in Hamburg angegeben, daß der Konsumverein „Produktion“ die Waren im Durchschnitt um 6 Prozent billiger als der gewöhnliche Handel abgeben hat. Dazu muß noch die Rückvergütung gerechnet werden. Es zeigt sich, daß die Konsumvereine im Konkurrenzkampf den Kleinhandlender und Erzeugern vorauskommen sind. Es sieht jedoch sehr bedauerlich aus, daß die Arbeiterkonsumvereine im Kampf nicht bereit sind, wo es sich um den Konkurrenzkampf mit dem Kleinhandel handelt. Im Kampf gegen den kapitalistischen Großhandel und gegen die Preispolitik der Kartelle haben die Genossenschaften seit Jahren vollständig versagt. Die „Preisabgabe“-Aktion der Arbeiterkonsumvereine hat das wieder erneut bewiesen. Die Arbeiterkonsumvereine beteiligen sich an dem Preisabgabekampf der Arbeiterkonsumvereine gegen die Kleinhandlender und haben sich bereit erklärt, die „Preisabgabe“-Aktion der Arbeiterkonsumvereine rückwärts zu unterstützen. Das hat sofort dazu geführt, daß die Wirtschaftsmittel der Arbeiterkonsumvereine durch die Preisabgabeaktionen und die Konsumvereine abnehmen.

Die sehr die Nachteile der Arbeiterkonsumvereine gegenüber dem Kartell und deren rückwärtige Preispolitik verlagern, setzen eine Reihe von Beispielen frei. Einem fiktionalen Konsumverein, der die Konsumvereine des „Preisabgabekampfes“ nicht einstellt, wurde mit der Steuerungskarte abgerechnet, wenn er nicht sofort die vorgeschriebenen Preise einhält. Von einem Konsumverein in Schlesien-Görlitz wurde verlangt, daß er den Höchstpreis von 1,45 Mark auf 1,70 Mark herabsenken soll. In anderen Konsumvereinen wurde das in ähnlicher Weise verlangt. Der Konsumverein „Verkehr“ sollte den Preis von 2,10 Mark für Aufstufen einhalten, obwohl die Höhe im Einkauf nur 1,25 Mark betrug. Es wurde also für den Verkauf im Durchschnitt von 93,34 Prozent überhöht. Der Konsumverein in Rauten wurde aufgerufen, für Weizen an Stelle von 1,10 Mark für den Feinmehl 1,25 Mark im Verkauf zu verlangen, obwohl der Verkaufspreis von 1,10 Mark bereits beim Verkauf von 400 Metern nach der Berechnung der Umfänge von 15 Prozent nach im Überhöht von etwa 25 Mark blieb. Eine ganze Reihe Konsumvereine haben sich

gegenüber diese Bedingungen einverstanden. Daraufhin ist von den Kartellverbänden die Preissteigerung über eine Reihe von Konsumvereinen verhängt. Die Arbeiterkonsumvereine sind in der Lage, sich durch die Arbeiterkonsumvereine an die Arbeiterkonsumvereine gewandt, die gegen die betreffenden Kartelle vorgehen sollte. Die Arbeiterkonsumvereine hat nicht getan. Nachdem ihr „Formel“ lautet wurde, daß eine Preissteigerung nur verbietet, wenn „unabhängige Verkäufer“ vorliegen, war ihre Aktion erfolglos. Die Arbeiterkonsumvereine, die ein Vorgehen gegen die Kartelle verlangten, sind nun eben „unabhängige Verkäufer“.

Das Vorgehen der Kartellverbände ist erneut, in welcher Richtung die Kartelle die wachsenden Massen von dem Großhandel auszuweichen werden. Die Arbeiterkonsumvereine, die dagegen „ankommen“ wollen, beteiligen sich an dem Kampf über die Kleinhandlender und verlangen gegenüber der Preispolitik der Kartelle in einer solchen Weise, daß sie sich selber an die Arbeiterkonsumvereine wenden, die nur die Kartellverbände der Industrie und Großhandel ist die wirkliche Maßnahmen gegen die Preispolitik der Kartelle erwarten.

Der Kampf gegen die Preispolitik der Kartelle und Trübsal, den die Arbeiterkonsumvereine aufnehmen haben, muß viel stärker und mit anderen Mitteln durchgeführt werden, wenn er mit Erfolg enden soll. Nicht nur einige Arbeiterkonsumvereine, sondern alle müssen gemeinsam und zu gleicher Zeit vorgehen, die Verbände des Kartellverbands einzubringen und die Höhen zu sehr niedrigen Preisen abgeben, wie das nur möglich ist. Unter den Arbeiterkonsumvereinsmitgliedern und den Gewerkschaften muß durch intensive Propaganda das Bewußtsein der Arbeiter geschaffen werden. Die Arbeiter der Betriebe und Geschäfte des Kartellverbands müssen gemeinsam durch die Arbeiterkonsumvereine und Gewerkschaften aufgerufen werden den Kampf für die Aufhebung der Preisabgabeaktion für Arbeiterkonsumvereine zu ihren Gewerkschaften für Arbeiterkonsumvereine und Arbeiterkonsumvereine des Lebensunterhalts gegen die Arbeiterkonsumvereine zu machen. Nur dann kann es gelingen, der Preispolitik der Kartellverbände durch die Gegenaktion der Arbeiterarbeit einen Damm zu setzen.

Kein Arbeiter hat ein Interesse an einer Lohnsteigerung, wenn mit der wachsenden Steuerung gleichzeitig der erhöhte Lohn dem Arbeiter wieder entzogen wird. Kein Arbeiter hat Interesse an Preisermäßigungen, wenn sie durch einen Lohnabbau wieder wachsende werden. Die Forderung der Arbeiterarbeit muß sein:

Kampf mit den Bösen, herunter mit den Feinden!

Die Arbeiter in den Gewerkschaften und Genossenschaften müssen mobilisiert werden zum gemeinsamen Kampf mit der SPD gegen die Steuerung. Die Genossenschaften müssen den Kampf für die Erhöhung der Löhne und die Zurückeroberung des Lebensunterhalts durch und materiell unterstützen und vor allem Mittel für die Kampfkosten zur Verfügung stellen. Auch die Kampfmaßnahmen der Genossenschaften können nur gemeinsam mit den Gewerkschaften und der SPD zum Siege führen. Der Kampf gegen die Steuerung muß geführt werden durch den Kampf für höhere Löhne und Zurückeroberung des Lebensunterhalts — für höhere Besoldungen der Lebensmittels- und Industriebelegschaften — für Annehmlichkeiten gegen die Arbeitervereine durch die Kartelle und durch den Großhandel — für Freiheit der Arbeiterkonsumvereine von der Umfassung und Gewerkschaften und jeder anderen Festsatzung, landesrechtliche Arbeit von Arbeit, Staat und Gemeinden an die Konsumvereine — für Verbindung der Arbeiterkonsumvereine mit den Kleinhandlerverbänden und Arbeiterkonsumvereine zum direkten Warenverkauf — für direkte Verbindung der Arbeiterkonsumvereine mit den russischen Genossenschaften und Arbeiterkonsumvereine zum direkten Verkauf von Lebensmitteln aus Zentren des Kampfes für den Sturz der Arbeiterkonsumvereine und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Konsumvereinsmitglieder fordern Entsendung einer Genossenschafts-Delegation nach Sowjetrußland.

An einer Versammlung der Arbeiter und Angehörigen des Konsumvereins „Eintracht“ für Genossenschaften und Bauern wurde u. a. ein Antrag eingebracht, der verlangt:

„Stellungnahme zur Entsendung einer Genossenschafts-Delegation nach Sowjetrußland zwecks Herstellung einer inneren Verbindung mit den russischen Genossenschaften.“

Es gelang dem Betriebsratsvorsitzenden H. o. l. l. der SPD, eine Debatte und Beschlußfassung über diesen Antrag zu verhindern.

Auch in der Vertreter-Versammlung des Konsumvereins „Eintracht“ in Eilen wurde in einer Entschließung die Entsendung einer Delegation deutscher Genossenschaftler nach Sowjetrußland verlangt. Die Genossenschaftsbirokratie konnte es nicht wagen, die Ablehnung der Entschließung zu empfehlen. Die Entschließung wurde der Verwaltung als Material überwiesen.

Die Sympathie der Arbeiterarbeit gegenüber Sowjetrußland ist ständig im Wachsen begriffen und drückt sich auch in einer wachsenden Sympathie der proletarischen Konsumvereinsmitglieder Deutschlands gegenüber den Sowjetgenossenschaften aus. Die Massenbewegten Genossenschaftsmitglieder müssen dafür kämpfen, daß der Widerstand der Genossenschaftsbirokratie gegen das wirtschaftliche und politische Bündnis der deutschen mit den russischen Genossenschaften abgebrochen wird und daß auch die deutschen Arbeiterkonsumvereine eine Genossenschafts-Delegation nach Sowjetrußland entsenden.

Gegen die Spalter der Genossenschaftsinternationale.

Eine vom Zimbabue Krisenrat der Gewerkschaften einberufene, auf behaftete Versammlung, in der von dem SPD-Arbeiter Meinhart die Verträge über die Aufnahmendelegation erörtert wurde, beschloß einstimmig eine Resolution, die sich gegen den von den deutschen Genossenschaftsinflanzern verlangten Anschluß der russischen Genossenschaften aus der Genossenschafts-Internationale wendet und die Aufrechterhaltung der Einheit der Genossenschafts-Internationale verlangt.

Der Großhandel kämpft gegen die Genossenschaften.

(Arbeiterkorrespondenz.) Die Genossenschaftskommission des Zentralverbandes des deutschen Großhandels hat eine ganze Reihe Maßnahmen zur Genossenschaftsbeschränkung beschlossen, um eine „Verengung“ der Genossenschaften auf heimischen und sonstigen Gebieten zu verhindern. Um das Genossenschaftsproblem zu lösen, soll die Industrie zum Kampf gegen die Genossenschaften gewonnen werden. Der Zentralverband des Großhandels hat eine unannehme Anfrage an alle Bundesverbände gerichtet, um eine „Berge“ zum Kampf gegen die Genossenschaften zu „erschaffen“. Vor allem soll eine besondere „Propagandaabteilung“ geschaffen werden, die in Zukunft den Kampf gegen die Genossenschaften weiterführen soll.

Die heutigen Zeitungen der Arbeiterkonsumvereine können durchaus vom Großhandel lernen, wie der Gegner bekämpft werden muß. Die Arbeiterkonsumvereine müssen feierlich erklären, warum sollen das die Arbeiterkonsumvereine noch immer tun? Schluß endlich damit!

Aufnahmeverweigerung von Kommunisten.

Der Genossenschaftsbirokratie genügen die Ausschüsse der Konsumvereine aus den Arbeiterkonsumvereinen nicht mehr. Sie geht daher jetzt auch in verschiedenen Städten, vor allem in Berlin, dazu über, die Aufnahme von Kommunisten in die Konsumvereine zu verweigern. Hierbei ist sehr leicht zu bemerken, wie alles gerade darüber, daß die sozialdemokratische Genossenschaftsbirokratie sich um die politische Einfließen der Genossenschaftsmitglieder nicht kümmert. Leere Phrasen sind es gewesen schon, während der SPD, um seine zum in den Konsumverein nicht aufnehmen zu werden. Bei dieser Praxis scheint es sich um eine Umkehrung der Kombarer Kontraktanten zu handeln, die wieder einmal einen guten Beitrag zu ihrer „Neutralität“ und „politischen“ Aktion damit liefern wollen. Die staatenbewußte Arbeiterarbeit muß nach neue Maßstäbe der Genossenschaftsbirokratie durchsetzen und alle Arbeiter, die noch keinem Konsumverein angehören, in die Konsumvereine hineindrängen.

Ausnahmebeurteilung der Konsumvereine.

Die Arbeiterkonsumvereine werden heute zur Zahlung der Umsatzsteuer gezwungen, obwohl selbst von bürokratischen Ämtern festgestellt ist, daß ein Umfah nach dem Umsatzsteuergesetz bei den Arbeiterkonsumvereinen überhaupt nicht vorliegt. Seit wieder weitere Schritte gemacht, um die Arbeiterkonsumvereine auch wieder zur Gewerbesteuer, von der sie zum größten Teil bisher befreit waren, heranzuziehen. Im Thüringer Landtag ist bereits ein

Proletarische Genossenschaftsmitglieder!

Wählt bei fünflichen Damm.

den die Genossenschaftsbirokratie zwischen den deutschen und russischen Arbeitergenossenschaften aufgerichtet hat. Fordert in allen Versammlungen der Arbeiterkonsumvereine vom Zentralverband in Hamburg die Entsendung einer

Genossenschafts-Delegation nach Sowjetrußland.

um durch die persönliche Führungsmasse endlich ein enges wirtschaftliches und politisches Bündnis mit den russischen Genossenschaften herzustellen.

Antrag angenommen, der von der Regierung die Umänderung des Thüringer Gewerbesteuergesetzes verlangt, um die Arbeiterkonsumvereine zur Zahlung der Gewerbesteuer zu verpflichten. Schon seit in der Bezirkskonsumvereins G. o. l. a. vom Finanzamt zur Zahlung einer Gewerbesteuer von 26.000 Mark verurteilt worden. Der Einspruch des Arbeiterkonsumvereins ist abgelehnt und deshalb ein Prozeß anhängig gemacht. In Göttingen haben Gegner des Arbeiterkonsumvereins es organisiert, Nichtmitglieder in die Verkaufsstellen des Arbeiterkonsumvereins zum Abholen von Waren zu schicken, um dann den Arbeiterkonsumverein der Steuerbehörde zu denunzieren, um damit zu zeigen, daß er auch Waren an Nichtmitglieder abgibt.

Auch in Göttingen wird versucht, die Arbeiterkonsumvereine zur Zahlung der Gewerbesteuer zu zwingen, obwohl das sächsische Gewerbesteuergesetz Arbeiterkonsumvereine von der Gewerbesteuer befreit. In ähnlicher Weise wie im Bezirkskonsumverein Göttingen wurde der Arbeiterkonsumverein der Steuerbehörde zu denunzieren, um damit zu zeigen, daß er auch Waren an Nichtmitglieder abgibt. Auch in Göttingen wird versucht, die Arbeiterkonsumvereine zur Zahlung der Gewerbesteuer zu zwingen, obwohl das sächsische Gewerbesteuergesetz Arbeiterkonsumvereine von der Gewerbesteuer befreit. In ähnlicher Weise wie im Bezirkskonsumverein Göttingen wurde der Arbeiterkonsumverein der Steuerbehörde zu denunzieren, um damit zu zeigen, daß er auch Waren an Nichtmitglieder abgibt.

Die Reaktion, die immer weitere Schritte gegen die Arbeiterkonsumvereine macht, acht auch immer mehr dazu über, die Arbeiterkonsumvereine durch die rigorose Steuerpolitik zu lähmen und zu unterdrücken. Die Genossenschaftsbirokratie hat es mit der Sozialdemokratie erst wieder leicht kommen lassen. Die hoffnungslose Arbeiterarbeit muß, die Arbeiterkonsumvereine ausbauen, um sie zu beschließen, den Kampf gegen die reaktionäre Steuerpolitik erfolgreich durchzuführen.

Neue Literatur.

B. C. W. u. d.: Das Genossenschaftswesen in der Sowjetunion. 77 Seiten, Organisationspreis 0,75 Mark. Diese kleine Broschüre gibt die erste umfassende Darstellung des proletarischen Genossenschaftswesens in Sowjetrußland. Jeder Massenbewegte Genossenschaftler muß sie kennen. Sie ist erschienen beim Neuen Deutschen Verlag, Berlin, Unter den Linden 11. Zu haben bei allen Buchhandlungen und Genossenschafts-Verlag, Berlin G. 54, Linienstr. 87.

Verantwortlicher Redakteur: Edwin Dörmann, M. B. R., Berlin.